



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

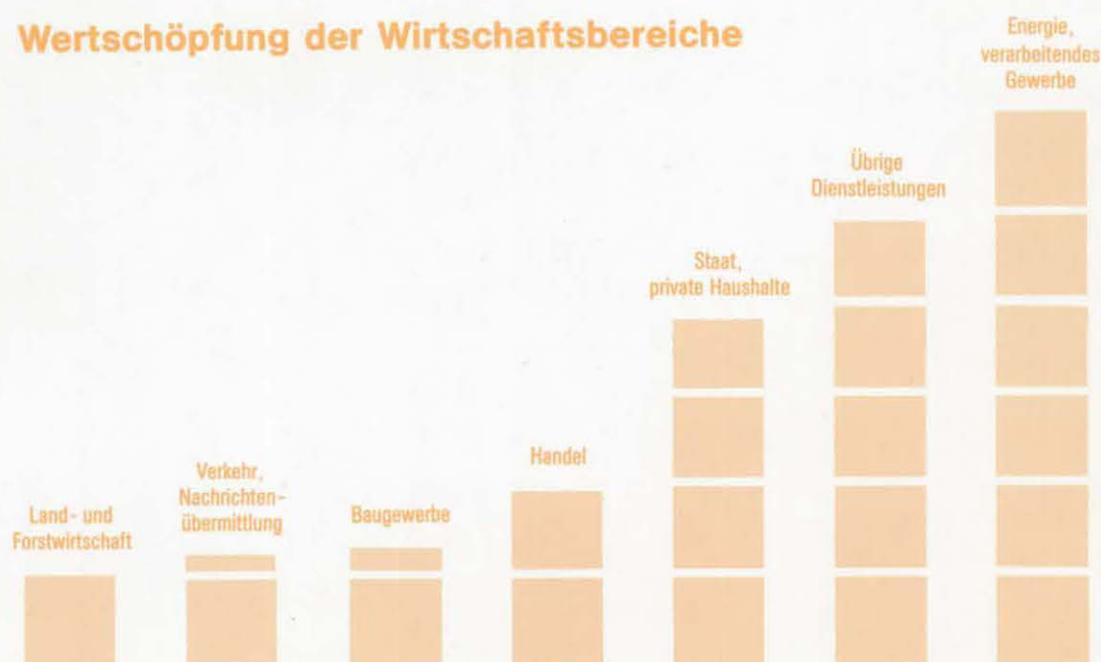
38. Jahrgang · Heft 6

Juni 1986

Grafik des Monats: Nutzung der Bodenfläche 1985
Aufsätze: Rehabilitationsmaßnahmen 1984
Kurzberichte: Verarbeitendes Gewerbe
Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹		März 1986		Januar bis März 1986	
Beschäftigte	1 000	165	+ 0,5	165	+ 0,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	- 5,8	15	- 2,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	502	+ 4,9	502	+ 5,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 833	- 7,5	2 835	- 0,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 189	- 11,2	2 198	- 1,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	644	+ 7,8	637	+ 3,3
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 711	- 1,7	1 632	+ 0,3
aus dem Inland	Mill. DM	1 166	- 1,4	1 093	- 0,9
aus dem Ausland	Mill. DM	545	- 2,5	539	+ 2,8
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	179	- 13,6
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	36	- 10,0	37	- 7,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	3	- 25,6	2	- 1,9
Lohn- und Gehaltssumme ³	Mill. DM	68	- 16,0	62	+ 1,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	165	- 20,6	152	- 3,6
Auftragseingang ⁴	Mill. DM	256	+ 8,6	175	+ 11,4
Baugenehmigungen ⁵					
Wohnbau	Wohnungen	576	- 28,5	547	- 21,7
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	465	+ 9,9	308	- 4,3
Einzelhandel		Februar 1986		Januar bis Februar 1986	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	95,0	+ 0,9	98,3	+ 1,2
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	69,1	- 1,7	70,8	+ 2,0
Fremdenverkehr ⁶					
Ankünfte	1 000	102	+ 7,8	92	+ 7,8
Übernachtungen	1 000	381	+ 6,7	358	+ 7,7
Arbeitsmarkt		März 1986		Januar bis März 1986	
Arbeitslose	Anzahl	128 809	+ 1,7	134 101	+ 2,4
Außenhandel		Februar 1986		Januar bis Februar 1986	
Ausfuhr	Mill. DM	720,8	- 7,3	824,0	+ 2,5
Kredite ⁷					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 728	+ 2,5	9 740	+ 3,6
mittel- und langfristige Kredite ⁸	Mill. DM	45 445	+ 6,3	45 438	+ 6,5

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Ab Januar 1986 lohnsteuerpflichtige Bruttobezüge, daher Veränderungsraten mit eingeschränktem Aussagewert

4) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

5) Nur Errichtung neuer Gebäude

6) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten

(einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

7) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986

einschließlich Raiffeisenbanken

8) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 6/86

	Seite
Aktuelle Auslese	123
Aufsätze	
Rehabilitationsmaßnahmen 1984	124
Kurzberichte	
Das verarbeitende Gewerbe 1985 in den Kreisen	137
Aus unserem Archiv	139
Grafik des Monats	130
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1/1986

Krankenhauspatientenstatistik
Schulstatistik 1985/86

Heft 2/1986

Staatsverbrauch
Vermögensbildung der Haushalte
Studenten WS 85/86
Viehbestände

Heft 3/1986

Bienenhaltung
Güterverkehr
Baugeräte

Heft 4/1986

Schleswig-Holstein im Jahre 1985

Heft 5/1986

Volkszählung 1987
Kommunalwahl 1986 (Teil I)
Bruttoinlandsprodukt 1985
Hochschulprüfungen
Lehrernachwuchs

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Volkszählung 1987	5/104
Gesundheitswesen	
Krankenhauspatientenstatistik	1/4
Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1985/86	1/17
Studenten WS 85/86	2/37
Hochschulprüfungen	5/118
Lehrernachwuchs an den Seminaren	5/120
Wahlen	
Kommunalwahl 1986 (Teil 1)	5/106
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Viehbestände	2/38
Bienenhaltung	3/44
Produzierendes Gewerbe	
Baugeräte	3/58
Verkehr	
Güterverkehr	3/52
Versorgung und Verbrauch	
Vermögensbildung der Haushalte	2/32
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Staatsverbrauch	2/24
Bruttoinlandsprodukt 1985	5/117
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1985	4/63



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

Heft 6

Juni 1986

Aktuelle Auslese

Bauproduktion 1985 erheblich unter Vorjahresniveau



Von den Bauämtern Schleswig-Holsteins wurden 1985 nur noch 11 474 Wohnungen als bezugsfertig gemeldet. Dieses Ergebnis liegt rund ein Drittel unter dem Vorjahresniveau und ist das geringste seit 1950.

Von den Wohnungszugängen befanden sich 10 407 Einheiten in neu errichteten Gebäuden, 1 067 entstanden durch Um- oder Ausbau bestehender Gebäude. In neuen Wohngebäuden wurden 10 205 Wohnungen fertiggestellt. Davon lagen 42 % in Einfamilienhäusern, 15 % in Zweifamilienhäusern und 42 % in Mehrfamilienhäusern. Im Mietwohnungsbau war der Rückgang mit 36 % prozentual deutlich stärker als im Eigenheimbau (- 19 %). Am weitesten vom Bauergebnis des Jahres 1984 entfernt war die Zahl der fertiggestellten Eigentumswohnungen mit - 53 % (2 518 Einheiten statt 5 340).

Im Nichtwohnbau wurden insgesamt 1 341 Gebäude mit 4,6 Mill. m³ Rauminhalt fertiggestellt. Der Rückgang des Volumens gegenüber dem Vorjahr um 20 % ist zu mehr als der Hälfte auf den verminderten Bau landwirtschaftlicher Betriebsgebäude zurückzuführen.

Landwirtschaftliche Erzeugerpreise stark rückläufig



In Schleswig-Holstein sind die Erzeugerpreise der meisten landwirtschaftlichen Produkte (ohne Mehrwertsteuer) deutlich zurückgegangen. Die Jahresdurchschnittspreise 1985 ermäßigten sich gegenüber 1984 für Brotweizen um 7,8 %, für Brotroggen um 6,7 % und für Raps um 6,4 %. Für Kartoffeln und Weißkohl (Marktware), die erfahrungsgemäß starken Preisschwankungen unterliegen, sanken die Preise um 74 % bzw. 66 %.

Bei den tierischen Erzeugnissen gab es ebenfalls Preisabschläge. Lebendes Schlachtvieh mußte bis zu 6,1 % (Bullen) und 5,4 % (Schweine, frisch-mager) billiger abge-

geben werden. Die Meiereien zahlten für gelieferte Milch (bei 3,7 % Fett- und 3,4 % Eiweißgehalt) durchschnittlich 3,6 % weniger.

Weniger Behinderte



Zum 31. Dezember 1985 waren in Schleswig-Holstein 232 656 Behinderte bei den Versorgungsämtern registriert. Nach den enormen Steigerungen dieser Zahl in den letzten Jahren (1979: 109 000, 1981: 191 000, 1983: 247 000) ist dies zum erstenmal seit Bestehen dieser Statistik ein Rückgang. Beide Bewegungen bedürfen der Erklärung, denn sie spiegeln nur zum Teil Veränderungen der realen Zahl behinderter Menschen wider. Die Anstiege gingen zurück auf Erweiterungen der Rechtsbestimmungen darüber, wer als Behinderte anerkannt werden kann. Der Rückgang des jüngsten Ergebnisses ist die Folge gründlicher Karteibereinigung. Sie hat bei den Schwerbehinderten, deren Anzahl um 18 000 auf 194 000 sank, mehr Wirkung gezeigt als bei den leichter Behinderten, deren Zahl um 3 400 auf 38 700 anwuchs.

Mehr Bewährungshelfer, weniger Fälle



55 Bewährungshelfer (Vorjahr: 53 Planstellen) und 3 865 Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht (3 950) am 31. Dezember 1985 bedeuten eine kleine Entlastung in diesem rechtspolitisch wichtigen Aufgabenfeld. Neben der Bewährungshilfe gab es noch 168 (158) Fälle von Führungsaufsicht. Da ein Proband auch mehrfach unterstellt sein kann, ist die Zahl der Probanden geringer als die der Unterstellungen. Am Jahresende 1985 entfielen auf einen Bewährungshelfer 63,4 Probanden, ein Jahr zuvor waren es 66,6 gewesen. 1985 wurden mehr Unterstellungen beendet als im Vorjahr, nämlich 699 nach allgemeinem Strafrecht (622) und 617 nach Jugendstrafrecht (492). Ein Abschluß mit Bewährung ist dabei in 55 % der Fälle nach allgemeinem Strafrecht und in 72 % der Fälle nach Jugendstrafrecht erreicht worden.

Rehabilitationsmaßnahmen 1984

Unter Rehabilitation wird hier die „Wiederbefähigung“ verstanden, die einem behinderten Menschen zuteil wird. Sie stellt in unserer Gesellschaft einen kodifizierten Rechtsanspruch dar. Die Behinderung kann körperlicher, geistiger oder seelischer Art sein. Rehabilitation im Sinne der hier einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen wird nicht nur dem zuvor Gesunden zuteil, den eine Behinderung befallen hat, sondern auch dem, der von Geburt an behindert war; ferner hilft sie nicht nur dem, dessen Behinderung manifest ist, sondern auch schon dann, wenn eine Behinderung einzutreten droht. Die Rehabilitation hat das Ziel, den Behinderten einzugliedern, und zwar in das Erwerbsleben und in die soziale Gemeinschaft.

In den einschlägigen Rechtsvorschriften (z. B. Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. 8. 1974 und Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft, Neufassung vom 8. 10. 1979) finden sich keine generellen Grunddefinitionen der Zentralbegriffe „Behinderter“ und „Rehabilitation“. Da man aber auch „Gesundheit“ oder „Eingegliedertsein“ kaum definieren kann, ist dies nicht verwunderlich. Für die Praxis der Gesetzesanwendung bedeutet es auch keinen Mangel. Die Rechtsbestimmungen zu dieser Materie befassen sich jedoch mit den verschiedenen Voraussetzungen der Rehabilitation und nennen die allgemeinen Ziele und die einzelnen Leistungen, die jeweils gewährt werden können oder müssen. Insgesamt werden aus ihnen die sozialpolitischen Absichten klar, nämlich eine ökonomische und eine humanitäre.

Die ökonomische zielt auf die Verminderung der gesamtgesellschaftlichen Kosten einer Behinderung; die Kosten sind für Rehabilitationsmaßnahmen, die den Behinderten erwerbsfähig machen, häufig geringer als für seinen lebenslangen Unterhalt. Die humanitäre folgt aus unserer Auffassung von gesellschaftlicher Solidarität; sie gebietet die helfende Zuwendung als solche, umso mehr, je schwerer jemand benachteiligt ist. Diese Hilfe bezieht ausdrücklich den inkurablen Behinderten ein, auch den Jugendlichen, der nie selbständig leben können. Hier ist der Begriff „Rehabilitation“ eigentlich nicht anwendbar. Es verbietet sich aber, zwischen rehabilitierbaren und inkurablen Behinderten zu trennen, weil erstens keine sichere Prognose gestellt werden könnte und weil zweitens eine Ausgrenzung gerade der am schwersten Betroffenen unerträglich wäre.

Der hier generell maßgebliche § 10 des Sozialgesetzbuches (SGB I) begründet für Personen, die körperlich, geistig oder seelisch behindert oder von einer Behinderung bedroht sind, „ein Recht auf Hilfe, die notwendig ist, um die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern“ und den Betroffenen einen „Platz in der Gemeinschaft, insbesondere im Arbeitsleben, zu sichern“.

Eine andere Frage ist, welche einzelnen Maßnahmenarten in einer Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen erfaßt werden sollten. Ist es z. B. sinnvoll und berechtigt, auch die Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte einzubeziehen, die von den Trägern der Sozialhilfe als „Eingliederungshilfe für Behinderte“ gewährt wird und per definitionem (§ 40 Abs. 2 BSHG) gerade keine Eingliederung in das Erwerbsleben bedeutet? Eine soziale Eingliederung mag man hier wohl bejahen; dennoch bleibt gegen eine Einbeziehung dieser Leistungen der Einwand, daß sie in der Regel keine Änderung beim Empfänger bewirken und deshalb auf Dauer gewährt werden. Sie wurden deshalb auch bundesweit ab 1984 nicht mehr einbezogen. Schleswig-Holstein hatte sich jedoch schon ab 1981, abweichend von der Auffassung der Bundesbehörden und der Mehrzahl der Länder, gegen die Einbeziehung des Trägers Sozialhilfe überhaupt entschieden. An dieser Stelle ist darzulegen, wie die — durch eine Erweiterung¹ des § 51 des Schwerbehindertengesetzes geschaffene — Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen abläuft und welche Inhalte sie hat, denn eine solche Darstellung fehlt bisher.

Die Erhebungswege

Auskunftspflichtig sind die Träger der Rehabilitation. Das sind nach dem Reha-Angleichungsgesetz die gesetzlichen Krankenkassen, die Träger der Unfall- und Rentenversicherungen (einschließlich Altershilfe für Landwirte), die Träger der Kriegsopferversorgung und

¹ Artikel 20 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 14. März 1980. Die Träger der Sozialhilfe werden weder in dem enumerativen § 2 Abs. 1 des Reha-Angleichungsgesetzes noch in § 51 Abs. 3 des Schwerbehindertengesetzes genannt

Kriegsopferfürsorge sowie die Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitsförderung. Auf Anhieb ist ersichtlich, daß potentiell nahezu die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf die eine oder andere Weise, häufig mehrfach, bei diesen Stellen betreut wird. Die Vielzahl der Meldestellen — sie füllen ein umfangreiches Verzeichnis — bereitete der Organisation der statistischen Erfassung Schwierigkeiten. Soweit Bundesverbände bestehen, z. B. bei den Ortskrankenkassen, oder ein Träger bundesweit agiert, z. B. die Barmer Ersatzkasse, übernahmen diese die Berichterstattung, und zwar an das örtliche statistische Landesamt. Wo eine so hohe organisatorische Konzentration nicht besteht, berichten die Träger, meist für ein Bundesland, jeweils an ihr statistisches Landesamt. Die Bundesanstalt für Arbeit übermittelt ihre Fälle an das Statistische Bundesamt. Die Daten werden, wenn möglich, auf Magnetband geliefert, sonst auf handschriftlich ausgefüllten Erhebungsbogen.

Empfänger sind also zwölf Behörden, aber nur zum kleinen Teil gemäß ihrer örtlichen Zuständigkeit. Es handelt sich vielmehr um eine Daten-Gesamtmasse, die aus einem statistikfremden Grunde bei zwölf Stellen anfällt. Dies tut aber der ersten Bearbeitungsstufe keinen Abbruch, denn die Fälle werden überall nach derselben Methode in elf Teile zerlegt, nämlich nach dem Bundesland einschließlich Berlin (West), in dem der „Rehabilitand“ wohnt, und den statistischen Landesämtern zugestellt. Nach Empfang von elf Teilmengen verfügt dann jedes Landesamt mitsamt den im eigenen Land erhobenen Fällen über die richtig bezogene Ausgangsmasse der landeseigenen Fälle.

Was die von den Trägern zu meldenden Fälle angeht, war eine weitere grundlegende Schwierigkeit zu überwinden: Erhebungsgegenstand und berichtende Institution bilden keine Einheit, wie das für andere Statistiken häufig der Fall ist: Sozialhilfeempfänger werden vom Sozialamt betreut, und das Sozialamt befaßt sich fast nur mit Sozialhilfe. Solche Entsprechungen sind sonst die Regel: landwirtschaftliche Produkte werden beim landwirtschaftlichen Betrieb erfragt, Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen beim Standesamt, stationär behandelte Patienten beim Krankenhaus. Eine Krankenkasse leistet aber weit mehr als nur Rehabilitationen. Es mußte also für die befragten Institutionen erkennbar gemacht werden, welche Fälle hier zu melden seien. Das ließ sich zwar aus den für sie geltenden gesetzlichen Bestimmungen herleiten, mußte aber doch im einzelnen festgelegt werden, weil es nicht nur um die vollständige Erfassung der einzubeziehenden Fälle geht, sondern auch um ihre richtige

Klassifizierung. Das führt zum nächsten Abschnitt, der die Erhebungstatbestände darstellt. Diese gliedern sich in solche zur Person und solche zur Maßnahme der Rehabilitation.

Die Erhebungsmerkmale

Aus dem Abdruck des Erhebungsbogens ist der Inhalt im einzelnen ersichtlich. Die wichtigste Unterscheidung verbirgt sich hinter „Art der Maßnahme“. Es gibt im Einzelfall keine Maßnahme zur Rehabilitation schlechthin, sondern nur medizinische oder berufsfördernde Maßnahmen oder solche zur sozialen Eingliederung. Nur zwei der acht beteiligten einzelnen Träger sind auf allen drei Gebieten tätig, die anderen nur auf einem oder zwei davon.

Träger und Maßnahmenart

	Medizinische Maßnahmen	Berufsfördernde Maßnahmen	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung
Krankenversicherung	X		
Unfallversicherung	X	X	X
Rentenversicherung	X	X	
Altershilfe f. Landw.	X		
Kriegsopferversorgung	X		
Kriegsopferfürsorge		X	X
Arbeitsförderung		X	
Sozialhilfe	X	X	X

Die weitere Untergliederung der Maßnahmenart führt bei den medizinischen Maßnahmen zu drei Ausprägungen, bei den berufsfördernden zu acht und bei den Maßnahmen zur sozialen Eingliederung wieder zu drei. Wie oben erwähnt, wurde jedem Träger in Form von Begriffen und Paragraphen aus den für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen mitgeteilt, in welche dieser 14 Kategorien der Statistik er die bei ihm vorkommenden einzelnen Leistungen einzuordnen hat. Dabei handelt es sich u. a. auch um Sachleistungen oder gegenstandsbezogene Beihilfen, etwa für ein Hörgerät, ein Paar Schuhe oder ein Auto.

Außer nach den einfachen Merkmalen „Ort“ und „Dauer“ der Maßnahme wird noch nach ihrem Ergebnis gefragt. Vorgegeben sind 9 Kategorien, die aber nicht alle von allen Trägern eingesetzt werden dürfen. Ganz auf die Angabe eines Ergebnisses verzichtet wird

bei der Maßnahmeart „Hilfe zur Erlangung eines Arbeitsplatzes“ und zwei weiteren. Im wesentlichen wird als Ergebnis der erreichte, der erzielbare oder der aus bestimmten Gründen nicht erreichbare Erfolg der Maßnahme beschrieben (siehe unten bei der entsprechenden Tabelle).

Unter den Personenmerkmalen bedürfen vier einer separat vorgegebenen Liste (Schlüsselverzeichnis), die zeigt, welche einzelnen Ausprägungen jeweils zulässig sind. Bei der „Stellung im Erwerbsleben und Beruf“ sind dies die herkömmlichen Kategorien Arbeiter, Angestellter, Beamter, Selbständiger, aber u. a. auch Schüler, in Ausbildung, nicht erwerbstätig, Landwirt. Die Berufe — wegen des möglichen Wechsels infolge einer behinderungsgerechten Umschulung in „vorher/nachher“ unterteilt — werden in einer aus der großen Berufesystematik abgeleiteten Kurzfassung mit 34 Positionen erfragt. Die Art der Behinderung fußt auf der ICD, der Internationalen Klassifikation der Krankheiten. Ihre nahezu 1 000 Positionen wurden für die Kriegsopferversorgung und -versorgung, die Arbeitsförderung und die Sozialhilfe in 37 Gruppen zusammengefaßt. Dadurch entstanden leichter unterscheidbare und nach dem Text auch eher erkennbare Kategorien, die auch diesen Trägern, die nicht über die präzise Diagnose nach der ICD verfügen, eine Angabe ermöglichen.

Für die Ursache der Behinderung wurden 9 eigentliche Ursachen und drei Restgruppen definiert; sie reichen von „angeboren“ und „bei der Geburt entstanden“ über sechs verschiedene Unfallarten (Arbeits-, Wege-, Betriebswege-, Verkehrs-, häuslicher, sonstiger Unfall) bis zur Kriegs- (Wehrdienst-)beschädigung und Berufskrankheit.

Um die Vorstellung von der Merkmalsmenge abzurunden, sei noch darauf hingewiesen, daß die nicht seltene Kombination mehrerer Maßnahmen, die erst zusammen den Rehabilitationsgesamtplan bilden, die Unterscheidung einer ersten, zweiten, dritten und — summarisch — weiterer Maßnahmen bei jedem Rehabilitanden nötig machte.

Die Ergebnisdarbietung

Das Bilden von Ergebnistabellen ist bei einer Menge von etwa 13 Merkmalen mit einer Zahl von jeweiligen Ausprägungen, die zwischen zwei (Geschlecht) und 37 (Behinderungsart) liegt, immer eine schwierige Auf-

gabe. Grundsätzlich ist die Kombination jedes dieser Merkmale mit jedem anderen für irgendeine Frage sinnvoll, also eine totale Kombination sämtlicher Merkmale. Sie würde hier zu einer Tabelle mit mehr als 100 Milliarden Feldern führen (das Produkt der Zahl der Ausprägungen aller Merkmale), von denen natürlich die weitaus meisten leer wären und nur wenige zwei oder mehr Fälle aufweisen würden. Man muß also bestimmte Kombinationen von Merkmalen herausgreifen, die man für ergiebig hält, und sich dabei jeweils auf drei bis vier von den 13 Merkmalen beschränken. Für diese Bundesstatistik wurde eine Auswertung von rund 40 Tabellen gewählt, deren jede 2 bis 16 Blätter im Großformat aufweist. Insgesamt handelt es sich um 270 solcher Seiten, die einen Stoß von 4 cm Dicke bilden, dessen Gebrauch nicht jedermanns Sache ist. Hieran, an der Ballung von fast 60 000 Zahlen eines Jahresergebnisses für ein Bundesland, dürfte es im wesentlichen liegen, wenn bislang wenig Interesse an dieser Statistik spürbar wurde. Hier wird das Problem der sogenannten Vorrattstabellierung offenbar, die bislang nur selten der anderen Methode der Ergebnisbildung, der Bedarfstabellierung, gewichen ist. Im folgenden soll versucht werden, den Zugang zu diesem Material zu erschließen, das infolge seiner Sperrigkeit in keinem Statistischen Bericht des Statistischen Landesamtes veröffentlicht wird.

Die Tabellen enthalten entweder Rehabilitanden, das sind die Personen, denen eine Rehabilitationsmaßnahme zuteil wurde, oder Rehabilitationsmaßnahmen. Einige Tabellen kombinieren auch Zählungen des einen Bereichs mit Merkmalen des anderen Bereichs, z. B. Maßnahmen nach ihrer Dauer und nach der Art der Behinderung des Rehabilitanden, der sie erhielt. Die folgende Übersicht zeigt, welche Merkmalskombinationen für welche Zählgegenstände tatsächlich vorliegen und nennt die Eckzahlen.

Die Maßnahmen

An Personen aus Schleswig-Holstein wurden 1984 fast 80 000 Rehabilitationsmaßnahmen gewährt. Hier sind auch Maßnahmen einbezogen, die in anderen Bundesländern durchgeführt wurden. Aus diesem Datenaustausch stammen die wenigen Sozialhilfefälle in der Tabelle. Träger- und maßnahmenspezifisch sind drei Schwerpunkte deutlich: 42,6 % sind medizinische Maßnahmen der Krankenversicherung, 33,7 % ebensolche der Rentenversicherung und 12,9 % berufsfördernde Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Diese drei

Übersicht über das Tabellenprogramm

Nr. der Tabelle im bundeseinheitlichen Tabellenprogramm	Eckzahl der 1984 nachgewiesenen Personen bzw. Maßnahmen	Gliederung		Mit Merkmalen der							Weitere Merkmale Anmerkungen
		nach dem Träger ¹	der Maßnahmegruppe ² oder -art (•)	Person			Behinderung		Maßnahme		
				Geschlecht	Alter	Deutsche/ Ausländer	Stellung in Beruf und Erwerbsleben	Art	Ursache	Dauer	

Zählung von Personen (Rehabilitanden)

2	75 920	•		•	•							
3	"	•			•	•						
4	"	•	m,b,s				•					
5.1-3	"	•		•				•				
4	74 873	•				•		•				nur Deutsche
6	75 920	•		•				•		•		
7	"	•						•		•		
11	"			•	•							Familienstand
12,28	66 614	•	m,s	•	•							
13,20	74 160	•	m,b	•	•			•				
14,21,30	76 158	•	m,b,s					•		•		} Mehrfachzählung in den Maßnahmearten
18,25,34	"	•	m,b,s							•		
19	9 544	•	b	•	•							
26	"		b	•	•							Beruf vorher
27	"		b									Beruf vorher/nachher
29	1 998	•	s		•			•				
35.1-4	75 920		m,b,s	•	•			•				
5-6	"			•	•	•		•				
36.1-4	"		m,b,s					•				
5-6	"					•		•				
37	"		m,b,s	•		•				•		
38.1-4	"		m,b,s	•	•					•		
5-6	"			•	•	•				•		

Zählung von Maßnahmen zur Rehabilitation

1.1	79 893	•	•									für Pers. aus S-H
1.2	90 033	•	•									Maßnahmen in S-H
8	79 893	•	•							•		
9	"	•	m,b,s									Land d. Durchführung
15,22,31	"		m,b,s					•				
16,23,32	"	•	m,b,s					•			•	
17	65 669	•	m	•	•						•	
24,33	14 224	•	b,s	•	•						•	

¹ teilweise nur nach Trägergruppe

² m = medizinische,
b = berufsfördernde,
s = soziale Eingliederung

umfassen bereits annähernd neun Zehntel aller Maßnahmen. Für den erst- und letztgenannten Träger stellen die jeweils genannten Maßnahmentearten überhaupt die einzigen dar, während die Rentenversicherung (GRV) auch noch in der rehabilitativen Berufsförderung tätig ist. Die übrigen Träger erbrachten zusammen nur 9 % aller Maßnahmen. Auch bei Einbeziehung der Sozialhilfe in Schleswig-Holstein würden sich diese Größenordnungen nicht sehr ändern.²

Maßnahmen 1984

Übersicht

Träger	Medizinische Maßnahmen	Berufsfördernde Maßnahmen	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	Insgesamt
GKV	34 031	-	-	34 031
GUV	2 875	260	207	3 342
GRV	26 886	1 334	-	28 220
KOV + KOF	1 875	134	1 960	3 969
AF	-	10 315	-	10 315
Sozialhilfe	2	2	12	16
Insgesamt	65 669	12 045	2 179	79 893

Eines der beiden Merkmale, die einer Maßnahme zugeordnet sind, ist ihre Dauer. Man sollte sie wegen typischer Unterschiede nur getrennt für die drei Maßnahmentearten betrachten. Für medizinische Maßnahmen liegt der Schwerpunkt stark ausgeprägt (87 %) in der untersten Klasse, also unter zwei Monate. Erwartungsgemäß dünnt sich die Besetzung mit steigender Größenklasse schnell aus.

Maßnahmen 1984 nach Art und Dauer

Dauer	Medizinische Maßnahmen	Berufsfördernde Maßnahmen	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung
Unter 2 Monate	57 297	570	170
2 bis unter 4 Monate	6 129	363	8
4 bis unter 6 Monate	1 051	495	1
6 bis unter 12 Monate	536	948	6
1 bis unter 2 Jahre	70	2 169	-
2 und mehr Jahre	33	1 320	32
Ohne Angabe	553	6 180	1 962
Insgesamt	65 669	12 045	2 179

² Seit 1984 werden sog. Dauermaßnahmen, wie z. B. die Unterbringung in einer Werkstatt für Behinderte, nicht mehr einbezogen

Aufmerksamkeit verdient die Zeile „ohne Angabe“. Hier handelt es sich nicht, wie sonst in Statistiken, um Mängel der Ausfüllung des Fragebogens. Auf die Angabe der Dauer wird vielmehr bei bestimmten Maßnahmen verzichtet, so bei Belastungsproben und Arbeitstherapie (medizinische Maßnahme, selten), ferner bei Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes (Berufsförderung, häufig) und schließlich bei „sonstigen Maßnahmen zur sozialen Eingliederung“. Im dritten Bereich gehören 90 % aller Maßnahmen gerade zu dieser Art, so daß das Merkmal „Dauer“ für die Maßnahmen zur sozialen Eingliederung eigentlich ausfällt. Im zweiten Bereich ist die Lage praktisch ebenso, wenn man bedenkt, daß von den acht hier im einzelnen unterschiedenen Maßnahmentearten zur oben genannten allein die Hälfte aller Fälle gehört.

An dieser Stelle zeigt sich schon einmal, wie schwer es ist, eine vielgestaltige Wirklichkeit in ein Merkmalskorsett zu pressen, und daß es kaum gelingen kann, das heterogene Feld der Rehabilitationen dadurch übersichtlicher erscheinen zu lassen, daß man über alles ein einheitliches Netz statistischer Merkmalsgliederung wirft. Entweder bleiben die Ausprägungen einiger Merkmale sehr abstrakt und allgemein, damit sie überall passen, oder es werden, wenn man sie konkreter beschreibt, zahlreiche Ausnahmen erforderlich. Hier kommt beides vor. Da bei den Beratungen zur Einführung der Rehabilitationsstatistik als wichtiger Grund genannt wurde, man benötige über die bisherigen verbands- oder trägereigenen Statistiken hinaus eine unter einheitlichen Gesichtspunkten aussagefähige Gesamtstatistik, muß jetzt für möglich gehalten werden, daß dies nicht ganz gelungen ist und auch nicht gelingen kann, solange das Recht über die Gewährung von Rehabilitation so zersplittert ist, wie es sich heute trotz des großen Wurfes mit dem Sozialgesetzbuch noch darstellt.

Erfolg der Rehabilitation

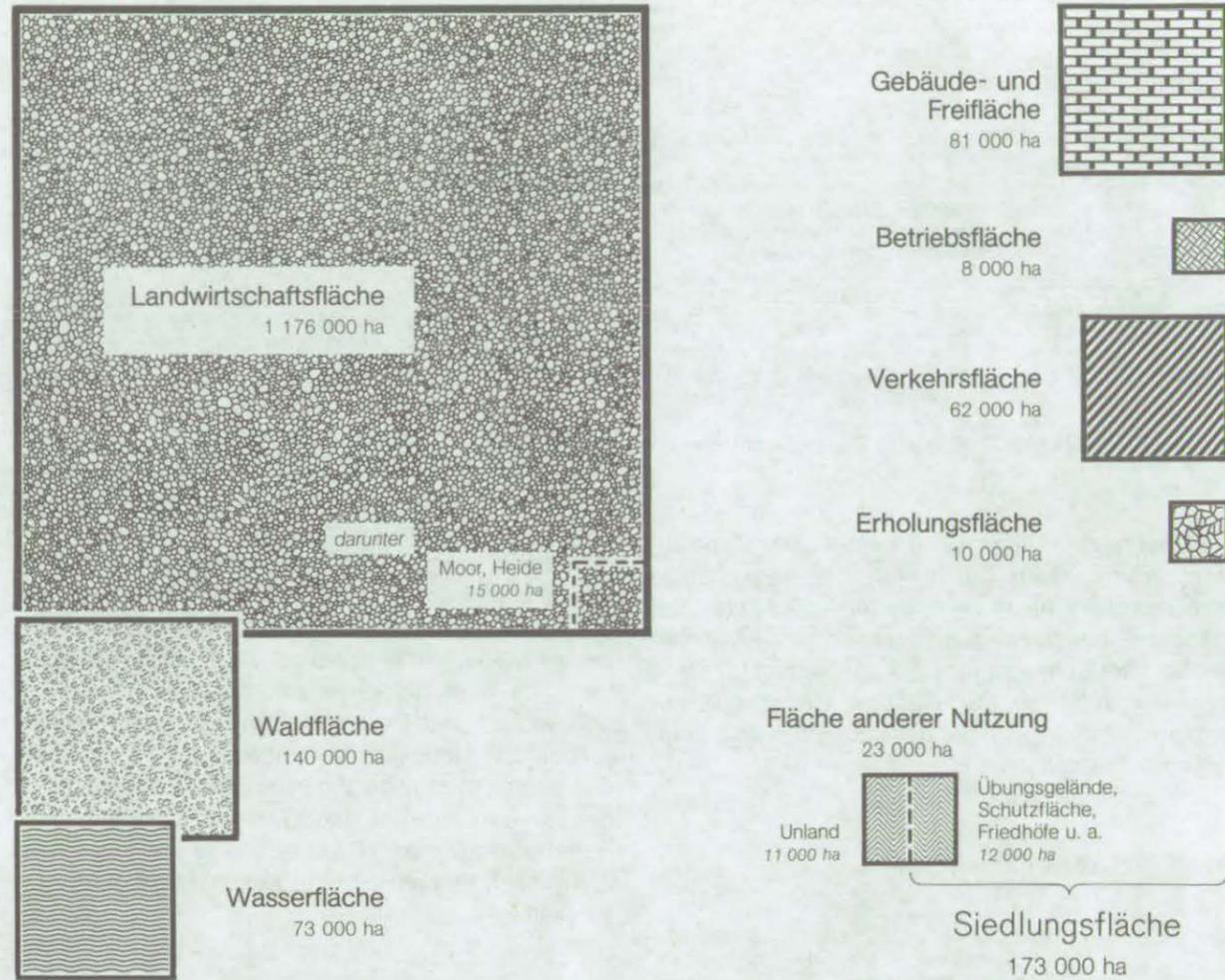
Kernaussage einer Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen sollte ohne Zweifel sein, welchen Erfolg die Bemühungen, gemessen am Ziel, hatten. Die Vorspalte der nachstehenden Tabelle mit den Ergebnissen der Maßnahmen entspricht inhaltlich dem Schlüsselverzeichnis, das den Berichtsstellen vorgegeben war.

Mit Genugtuung läßt sich feststellen, daß die am stärksten besetzte Kategorie bei allen Maßnahmengruppen die erste ist; 88 % aller medizinischen Maßnahmen,

NUTZUNG DER BODENFLÄCHE SCHLESWIG-HOLSTEINS 1985

Flächenerhebung (Stand: 31.12.1984)

Katasterfläche 1 570 000 ha



Die **Flächenerhebung** erfaßt in einem vierjährigen Turnus alle Bodenflächen nach ihrer Realnutzungsart. Ihr liegen die Angaben im Liegenschaftskataster zugrunde. Die Gliederung richtet sich nach dem Nutzungsartenkatalog der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen (AdV) und berücksichtigt wesentliche Anforderungen der regionalen Planung. Ihr entspricht aber der Katalog des Reichskatasters, nach dem die Hauptübersicht der Liegenschaften in Schleswig-Holstein noch geführt wird, nur teilweise. Einzelne Merkmalspositionen mußten daher von der Vermessungsverwaltung geschätzt werden. Die Flächenerhebung spiegelt die tatsächliche Lage wider (Belegenheitsprinzip).

Durch die **Bodennutzungshaupterhebung** werden jährlich im Mai die Flächen aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Hauptnutzungs- und Kulturart erfaßt. Der Anbau auf dem Ackerland wird im vierjährigen Turnus in allen Betrieben und in den Zwischenjahren repräsentativ

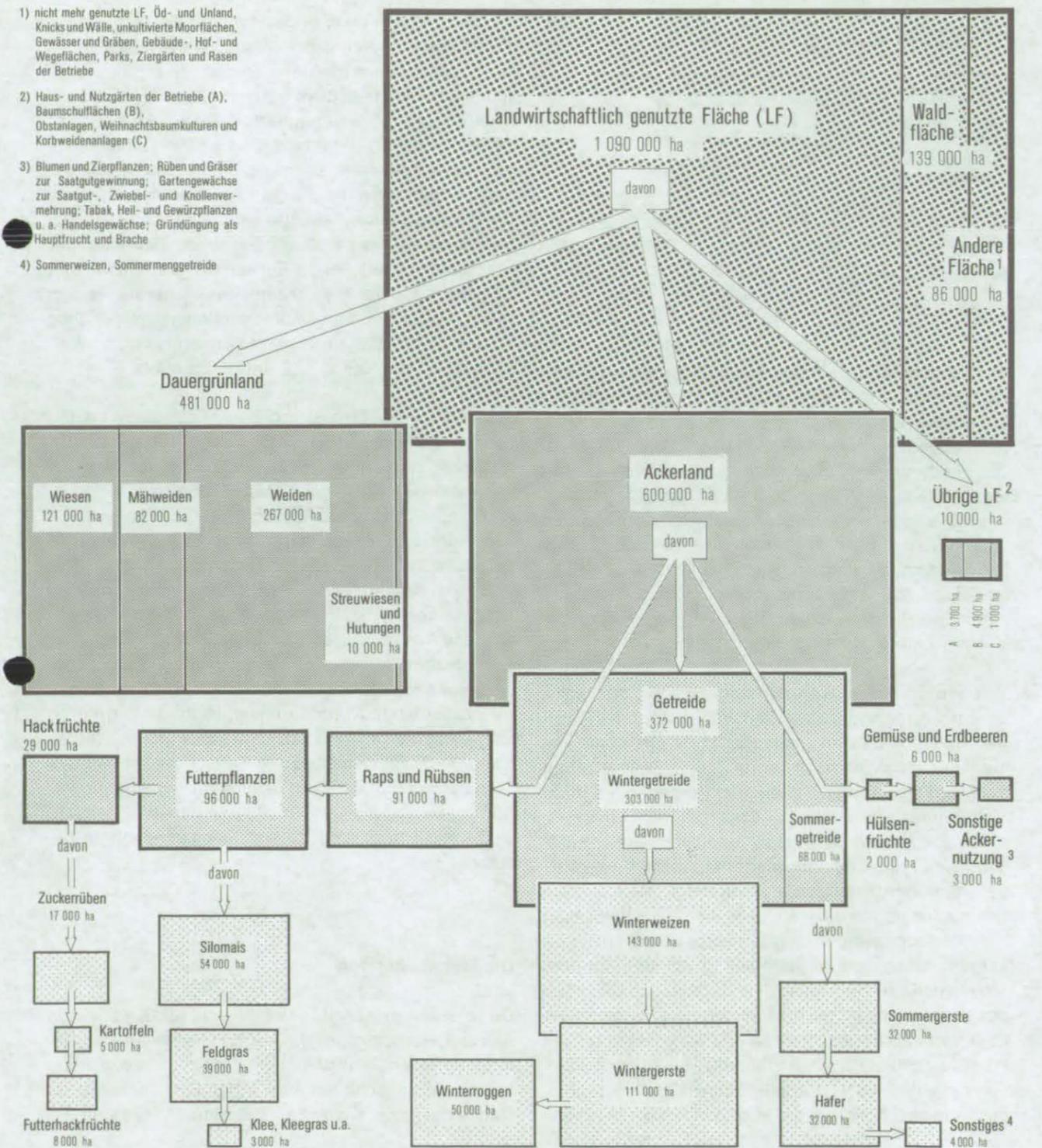
erhoben. Land- und forstwirtschaftliche Kleinflächen, Haus- und Kleingärten sowie alle anderen Flächen außerhalb land- und forstwirtschaftlicher Betriebe sind nicht einbezogen. Die regionale Zuordnung richtet sich nach dem Sitz des Betriebes (Betriebsortprinzip). Die Ergebnisse bilden eine wesentliche Grundlage für die Ernteberechnung der Feldfrüchte und für die Beurteilung der Anbauentwicklung und fließen in agrarstrukturelle Auswertungen ein.

Weil auch die Erfassungsgrenzen und Begriffsinhalte teilweise unterschiedlich sind, sind die Ergebnisse beider Erhebungen nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Vor allem sind die als „landwirtschaftlich“ bezeichneten Flächen unterschiedlich definiert. Auch die „Waldflächen“ weichen aufgrund unterschiedlicher Erfassungsgrenzen voneinander ab.

Weitere Erläuterungen enthalten die Beiträge „Neuordnung der Bodennutzungserhebung“ in Heft 5/1981 und „Nutzungsarten der Bodenfläche 1981“ in Heft 8/1982 dieser Zeitschrift sowie die Statistischen Berichte C11-j/85 und C1/S-4j/85.

Bodennutzungshaupterhebung (Stand: Mai 1985)

Fläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1 320 000 ha



- 1) nicht mehr genutzte LF, Öd- und Unland, Knicks und Wälle, unkultivierte Moorflächen, Gewässer und Gräben, Gebäude-, Hof- und Wegeflächen, Parks, Ziergärten und Rasen der Betriebe
- 2) Haus- und Nutzgärten der Betriebe (A), Baumschulflächen (B), Obstanlagen, Weihnachtsbaumkulturen und Korbweidenanlagen (C)
- 3) Blumen und Zierpflanzen; Rüben und Gräser zur Saatgutgewinnung; Gartengewächse zur Saatgut-, Zwiebel- und Knollenvermehrung; Tabak, Heil- und Gewürzpflanzen u. a. Handelsgewächse; Gründung als Hauptfrucht und Brache
- 4) Sommerweizen, Sommergetreide

Maßnahmen 1984 nach dem Ergebnis

Ergebnis		Medizinische Maßnahmen	Berufsfördernde Maßnahmen	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung
Eingliederung erreicht	1	57 753	4 891	1 950
Eingliederung möglich	2	X	1 584	X
E. nach (weiteren) medizinischen ...	} Maß- nahmen möglich	3	2 135	106
E. nach (weiteren) berufsförd. ...		4	1 637	768
E. nach (weiteren) sozialen ...		5	13	36
Eingliederung aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich	6	2 118	34	15
Arbeitsplatz fehlt	7	X	81	X
Maßnahme vorzeitig abgebrochen	8	567	760	-
Eingliederung im Berichts- jahr nicht erreicht; Tod	9	1 393	3 555	64
Ohne Angabe	10	53	230	142
Maßnahmen insgesamt		65 669	12 045	2 179

41 % aller berufsfördernden und 89 % der Maßnahmen zur sozialen Eingliederung führten zum erstrebten Erfolg. Diese Angaben beziehen sich auf die im Berichtsjahr abgeschlossenen Maßnahmen. Die Kategorie „Eingliederung im Berichtsjahr nicht erreicht“ (Zeile 9) legt die Vermutung nahe, daß nach Durchführung weiterer Maßnahmen ein Erfolg noch erreicht werden könnte, so daß die obengenannten Anteile der Zeile 1 Mindestanteile bedeuten. Auch der Komplex der Zeilen 2 bis 5 läßt ja die Hoffnung auf spätere Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Wiederaufnahme der früheren Tätigkeit durchaus offen.

Von den als Antwortvorgabe angebotenen Aussagen über das Ergebnis ist von den Trägern berufsfördernder Maßnahmen der ausgeglichene Gebrauch gemacht worden. Die relativ hohe Zahl in Zeile 9 deutet auf einen bestimmten Fall hin, der für berufsfördernde Maßnahmen typisch ist. Zur Erklärung muß ein wenig ausgeholt werden: Nach dem Grundkonzept der Erhebung sind nur „abgeschlossene“ Maßnahmen zu melden; eine berufsfördernde Maßnahme ist unter zwei Umständen abgeschlossen: entweder der Rehabilitand hat eine (oder seine frühere) Erwerbstätigkeit (wieder) aufgenommen oder er steht zur Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung; wenn weder das eine noch das andere vorliegt, gilt die Maßnahme, streng genommen, nicht als abgeschlossen und wäre deshalb nicht zu melden; lediglich die Verlegung eines Rehabilitanden von einer Ausbildungsstätte in eine andere begründet dann eine Meldung der abgehenden Stelle für das

Jahr der Abgabe. Der Fall der nicht erreichten beruflichen Eingliederung ist hiernach — mit Ausnahme seiner Unterfälle „aus gesundheitlichen Gründen“ (Zeile 6) und „vorzeitiger Abbruch“ (Zeile 8) — nicht darstellbar. Wenn man aber annimmt, daß es ihn gibt, muß man vermuten, daß er sich in Zeile 9 (‐im Berichtsjahr nicht erreicht‐) verbirgt, etwa mit der Bedeutung „Eingliederung allenfalls langfristig erreichbar“.

Der Problematik einer angemessenen Benennung der Ergebnisse von Rehabilitationsmaßnahmen ist man bei den medizinischen Maßnahmen dadurch aus dem Weg gegangen, daß man nicht nur die Meldepflicht, also die Voraussetzung der „abgeschlossenen Maßnahme“, sondern auch — jedenfalls für die hier hauptbeteiligten Träger Krankenversicherung und Kriegsopferversorgung — das Ergebnis „Eingliederung erreicht“ schlicht an die Feststellung knüpfte „aus stationärer Heilbehandlung entlassen“. Aus praktischen Gründen war eine echter beurteilende Einstufung wohl auch nicht möglich, denn der Träger Krankenversicherung verfügt meist nicht über weitere Informationen. Folgerichtig konnten diese beiden Träger als Ergebnis nur die Ausprägungen der Zeilen 1, 8 und 9 angeben.

Wie oben schon einmal angedeutet, bestehen bezüglich der Merkmale Träger, Maßnahmeart, Dauer und Ergebnis der Maßnahme Beziehungen der Art, daß von der jeweiligen Palette der Ausprägungen je Merkmal im Einzelfall oft nur ein Ausschnitt in Frage kommt. Die vergleichende Betrachtung kann deshalb bei Kombinationen zwischen diesen Merkmalen nur eingeschränkt zu Erkenntnissen führen. Vergleiche von prozentualen Anteilswerten werden mehr oder weniger sinnlos, wenn einzelne Ausprägungen immer wieder fehlen, und zwar nicht deshalb fehlen, weil sie real nicht auftreten, sondern weil sie wegdefiniert wurden. Anders ausgedrückt: die Basismengen werden unvergleichbar. Vermutlich liegt darin die Ursache des schwachen Ertrags dieser Statistik: Die Basismenge (die Rehabilitationsmaßnahmen schlechthin) ist nicht bestimmbar, weil jeder Träger seine spezifischen Bestimmungen darüber hat, wann und wie er eine Rehabilitationsmaßnahme gewährt.

Die Rehabilitanden

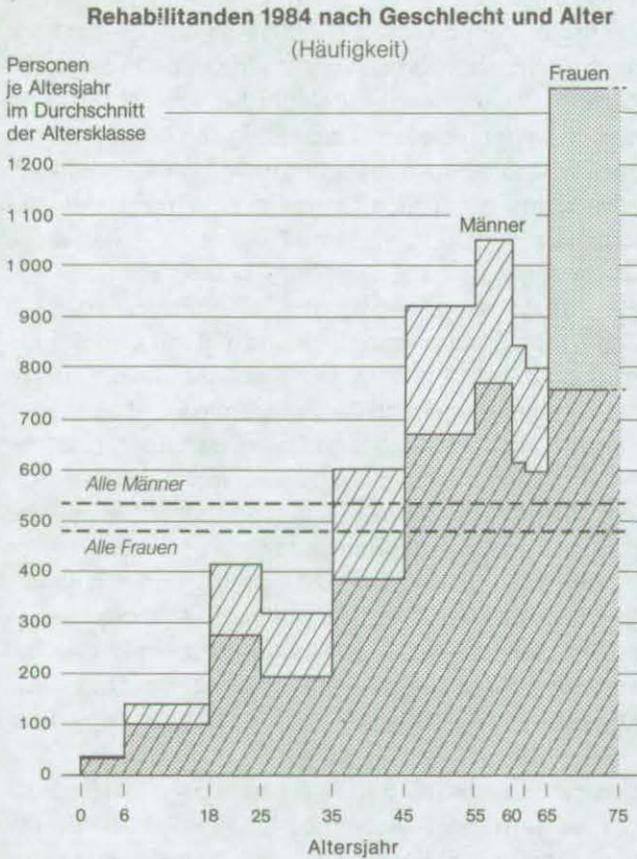
Diese Schwierigkeiten bestehen nicht für den anderen Aussagenkomplex, der sich mit den Personen (den Behinderten, den Rehabilitanden) befaßt. Jede von ihnen hat ein Geschlecht, ein Alter, einen Familienstand, ist Deutscher oder Ausländer, hat eine Stellung im Er-

werbsleben. Den Beruf hat man nur bei den Rehabilitanden erfragt, die eine berufsfördernde Maßnahme erhalten. Die Behinderung schließlich läßt sich bei allen Personen nach Art und Ursache klassifizieren.

Zunächst sei die Gliederung der 75 920 in Schleswig-Holstein wohnhaften Rehabilitanden nach Geschlecht und Alter dargestellt.

D 5537 Stat. LA S-H

Bild 1



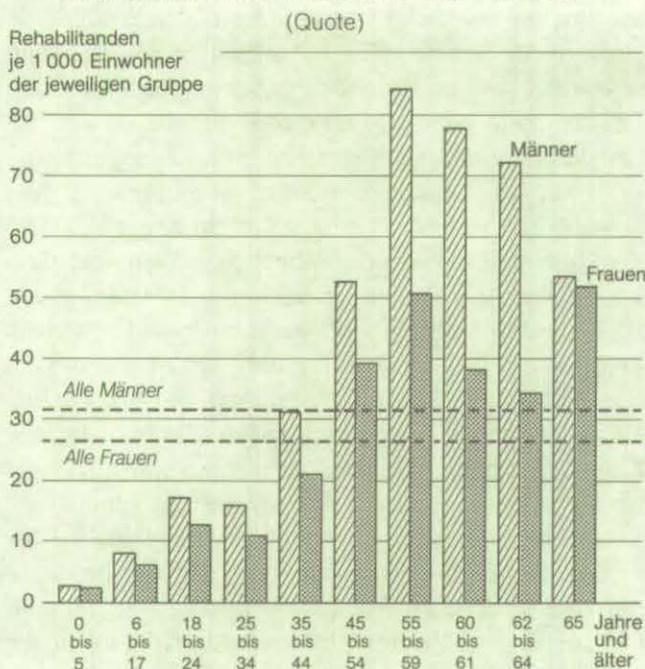
Erwartungsgemäß steigt die Häufigkeit von Rehabilitationen mit dem Alter an, doch erkennt man Abweichungen von einem stetigen Zusammenhang, die bestimmte Erklärungen nahelegen. Während der allgemeine Anstieg mit dem Alter durch die Zunahme von Schäden durch biologisches Altern des Organismus, durch Verschleiß, auch in der Berufsarbeit, und durch spezifische Altersrisiken erklärt werden kann, treten für die 18- bis 24jährigen offenbar bestimmte Schädigungen gehäuft auf, die man mit der Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr oder mit der Aufnahme einer Berufstätigkeit in Beziehung bringen könnte, und die zu vermeiden erst eine längere Erfahrung hilft. Der Rückgang oberhalb von 60 Jahren dürfte das beginnende Ausscheiden aus der Arbeitswelt widerspiegeln.

Oberhalb von 65 Jahren ist etwas Auffallendes zu sehen: die Zahl der männlichen Rehabilitanden fällt leicht ab, die der weiblichen dagegen steigt stark an. Die Höhe dieser Säulen im Bild ist zwar in gewissem Maße willkürlich, weil zur Berechnung der durchschnittlichen Besetzung je Altersjahr eine bestimmte Zahl von beteiligten Jahrgängen dieser obersten Altersklasse ge-griffen werden muß. Aber selbst wenn statt der hier gewählten 10 Jahre 15 oder 20 Jahre angesetzt würden, bliebe das Wesentliche bestehen. Während nämlich in allen Altersstufen bis dahin die Zahl der Frauen unter der der Männer liegt, meist bei zwei Dritteln bis drei Vierteln, wächst sie in der obersten Altersstufe auf das 1,8fache der Zahl der Männer an. Der hier nächstliegende Schluß wäre jedoch falsch. Ein Blick auf die Alterspyramide der Gesamtbevölkerung von 1984 zeigt nämlich, daß es in diesem Alter einfach um 1,8mal mehr Frauen als Männer gibt, weil hier die Einflüsse der bei Frauen längeren Lebenserwartung und der bei Männern hohen Verluste im Zweiten Weltkrieg zusammentreffen. Auf die jeweils vorhandene Bevölkerung bezogen, gibt es denn auch in dieser Altersgruppe weniger weibliche Rehabilitanden (52 je 1 000 Einwohner) als männliche (54).

Der wichtige Aspekt der gesamtgesellschaftlichen Belastung durch Rehabilitationsaufwendungen läßt es gerechtfertigt erscheinen, neben dem obigen Bild, das die Alters- und Geschlechterverteilung innerhalb des besonderen Personenkreises aufzeigt, ein zweites Bild zu bringen, das diesen Personenkreis in die gesamte Bevölkerung hineinstellt.

In der Abfolge der Altersstufen zeigt sich im Groben das gleiche: Anstieg mit dem Alter. Aufschlußreicher sind die Unterschiede zwischen beiden Bildern. So hebt sich z. B. die Rehabilitationsquote (Bild 2) der 18- bis 24jährigen nicht so stark heraus wie ihre Häufigkeit (Bild 1). Die Differenzierung nach dem Alter ist im übrigen jedoch in Bild 2 ausgeprägter: Während der Höchstwert (Männer, 55 bis 59 Jahre) bei der Häufigkeit etwa doppelt so hoch liegt wie im Mittel aller Altersstufen, erreicht er bei der Quote den 2,7fachen Wert. Die Rehabilitationsquote fällt in den drei kritischen Altersstufen unter dem Rentenalter recht gleichmäßig ab, während die Häufigkeit un stetig abnimmt. Schließlich bleibt bei der Quote auch in der obersten Altersklasse der Wert der Frauen unter dem der Männer, wenngleich er gegenüber den nächst jüngeren kräftig ansteigt, wogegen der entsprechende Männerwert stark absinkt. Schlagartig scheint sich hier, nach Ende der Lebensphase der Erwerbstätigkeit, ein biologisches Moment als Hauptquelle der rehabilitationsbedürftigen Behinderung durchzusetzen, das in

Rehabilitanden 1984 nach Geschlecht und Alter



jüngeren Jahren zwar auch besteht, aber in den fünf Altersstufen zwischen 25 und 64 Jahren von einem anderen Moment überlagert wird, das mit der Beanspruchung durch Erwerbsleben, vielleicht auch durch Sport und Freizeitaktivitäten, zusammenhängt und jedenfalls Männer weit stärker betrifft als Frauen.

Ein solcher Gedanke setzt allerdings voraus, daß es nicht etwa Unterschiede der Zugangschancen zu einer Rehabilitationsmaßnahme zwischen den Geschlechtern gibt. Angesichts der Unübersichtlichkeit des Rehabilitationsrechts kann der Autor eine solche Komponente jedoch nicht ausschließen.

Berufe

Von den Personenmerkmalen soll hier nur noch eines besprochen werden, und zwar der Beruf. Dabei gilt das besondere Interesse der Frage, wie häufig mit der Rehabilitation ein Berufswechsel verbunden war, und ob es Häufungen bei bestimmten aufgegebenen oder bei bestimmten erworbenen Berufen gibt. Obwohl die einschlägige Tabelle nur noch 34 Berufsgruppen (einschl. Nichterwerbstätiger) unterscheidet, ist es doch nicht möglich, sie hier wiederzugeben, da sie nicht nur entsprechend lang ist (Zeilen mit Beruf „vorher“), sondern auch ebenso breit (Spalten mit Beruf „nachher“). Es

sei auch vorab vermerkt, daß hier nicht, wie bei den Merkmalen Geschlecht und Alter, der besondere Personenkreis der Rehabilitanden mit der ganzen Bevölkerung verglichen werden kann, weil eine Berufszählung, die den analogen Rahmen zur Verfügung stellen würde, seit 1970 nicht stattgefunden hat. Die relativen Häufigkeiten, mit der die Berufsgruppen unter den Rehabilitanden vertreten sind, können also nur mit sich selbst, nämlich vor und nach der Durchführung der Rehabilitationsmaßnahme, verglichen werden.

Die erste Betrachtung geht von den Angehörigen einer Berufsgruppe vor der Maßnahme aus und fragt nach ihrem Verbleib nach der Maßnahme. Da zeigt sich zunächst, daß nach Durchführung der Maßnahme durchweg derselbe Beruf am häufigsten besetzt ist, der vor der Maßnahme ausgeübt wurde. So waren von 159 zuvor landwirtschaftlich Tätigen 122 auch danach in der Landwirtschaft tätig. 122 sind 77 % von 159, und diese Quote derjenigen, die ihren Beruf beibehielten, soll hier als Maß dienen. Diese K(ontinuitäts)quoten liegen bei den 34 Gruppen zwischen 55 und 100 mit einem arithmetischen Mittel von 78. Die niedrigste Quote hatten die Steinbearbeiter und Baustoffhersteller. Mit 59 % folgen die Nichterwerbstätigen, was bedeutet, daß vier Zehntel von ihnen, wahrscheinlich meist Jugendliche, infolge der Maßnahme berufsfähig wurden. Die meisten davon finden sich allerdings danach unter den Hilfsarbeitern ohne nähere Tätigkeitsangabe und den sonstigen Arbeitskräften. Eine niedrige K-Quote haben andererseits auch die „sonstigen Arbeitskräfte“, deren stärkste Wechslerfraktion sich dann bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen findet.

Von den stärker (ab 300 Fälle) besetzten Berufsgruppen weisen die Schlosser und Mechaniker, die Ernährungsberufe, die Bauberufe, die Warenkaufleute und die allgemeinen Dienstleistungsberufe eine mittlere K-Quote auf, die Verkehrsberufe (82 %) und die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe (95 %) eine höhere. Die Umschichtungen im einzelnen zu verfolgen stößt fast überall an die Grenze zu kleiner Zahlen, die den Zufallseinfluß zu groß werden lassen.

Die zweite Betrachtung geht von der Berufsgruppe aus und fragt, ob sie in der Verteilung der Personen nach der Maßnahme mehr oder weniger Angehörige als vor der Maßnahme hatte. Von den gleichen Grundzahlen, die oben verwendet wurden, wird also die Differenz der Besetzung jeder Berufsgruppe vor und nach der Maßnahme betrachtet. In der Summe stimmen beide Besetzungen natürlich überein, hier handelt es sich um 9 544 dokumentierte Fälle. Es gibt abgebende und aufnehmende Berufsgruppen. Die am meisten verlierende

Gruppe sind die schon erwähnten Nichterwerbstätigen; vor der Maßnahme gehörten 3 173 dazu, nach der Maßnahme 1 937, das sind 39 % weniger. Unter den überhaupt stärker (ab 200 Fälle) besetzten Berufsgruppen sind als „verlierend“ noch die Bauberufe (- 14 %) zu nennen, wenn man Gruppen mit Verlusten unter 10 % vernachlässigt. Als „gewinnend“ dagegen schälen sich — unter den gleichen Kriterien — heraus: Techniker (+ 186 %), sonstige Arbeitskräfte (+ 140 %), Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe (+ 81 %), Hilfsarbeiter (+ 67 %), Pflanzenbauer u. ä. (+ 41 %), Elektriker (+ 37 %) und Warenkaufleute (+ 14 %). In absoluten Zahlen lautet die Aussage z. B. für die Techniker: Vor der Maßnahme 93 Angehörige, danach 266, und für die Warenkaufleute: vorher 404, nachher 460.

Behinderungsart

Es bleiben von den wichtigeren Merkmalen noch darzustellen die der Behinderung, also die Behinderungsart und -ursache. Was die Behinderungsart angeht, wäre es reizvoll zu untersuchen, welchen Stand die rehabilitierten Behinderten innerhalb aller Behinderten haben, ob es also Behinderungen gibt, die relativ häufig einer Rehabilitation zugänglich sind oder so gut wie nicht. Diese Untersuchung unterbleibt aus zwei Gründen:

Erstens ist methodisch nicht eindeutig, daß die Empfänger von Rehabilitationsmaßnahmen, die die eine Statistik liefert, eine Untermenge der Behinderten aus der anderen Statistik sind. Der kritische Fall sind hier solche Rehabilitanden, die nicht zum registrierten Behindertenbestand gehören. Obwohl die Existenz einer Behinderung für beides konstitutiv ist, schafft die Erweiterung der Indikation für Rehabilitation auf Personen, die von einer Behinderung erst nur bedroht sind, Spielraum. Auch auf der versorgungsamtlichen Seite besteht Spielraum, weil es jedem Behinderten freisteht, sich als solcher registrieren zu lassen oder nicht.

Zweitens unterbleibt die Untersuchung deshalb, weil in beiden Statistiken für die Behinderungsart abweichende Systematiken verwendet wurden. Es bedürfte aufwendiger fachwissenschaftlich unterstützter Arbeiten, um einen gemeinsamen Katalog der Behinderungen herzustellen, auf dessen Positionen dann die Ergebnisse beider Statistiken umgerechnet werden müßten.

Was bleibt, ist die Darstellung der häufigsten für Rehabilitationen aufgetretenen Behinderungsarten. Hier

ist von 75 920 Rehabilitanden auszugehen. Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes stellen mit Abstand den größten Teil der gemeldeten Behinderungen, nämlich 27 %. Unter den hier zusammengefaßten Diagnosen (710-739 der ICD) sind — ausweislich der schleswig-holsteinischen Statistik der Krankenhauspatienten — die Arthrose, die Kniegelenkschäden, Bandscheibenleiden und andere Wirbelsäulenleiden wie Ischias die häufigsten Krankheiten. An zweiter Stelle stehen die Herzkrankheiten mit einem Anteil von 13 % bei den Männern und 9,4 % bei den Frauen. Es folgen Schädel- und Knochenbrüche mit 6,9 % unter den Männern und 8,7 % unter den Frauen, Krebs mit 4,8 % und 10,1 %, Neurosen und Psychopathien (4,4 % und 7,7 %), sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems (5,6 % und 5,9 %) sowie sonstige Verletzungen (Verrenkung, Verstauchung, Zerrung, Prellung, Quetschung, Verbrennung) mit 6,3 % und 2,5 %.

Die erwähnten sieben Behinderungsarten vereinen 70 % aller Fälle auf sich; die letzten drei Zehntel verteilen sich mit entsprechend geringen Anteilen auf die übrigen 30 Positionen dieses Spezialkatalogs. Einige der genannten Behinderungen erreichen verschieden hohe Anteile bei den Geschlechtern, wie oben bereits zu sehen war. Unter diesem Aspekt des Geschlechterunterschieds sind noch die Tuberkulose (1,1 % der Männer, aber nur 0,4 % der Frauen), die Zuckerkrankheit (1,8 % und 3,4 %), die Alkoholabhängigkeit (3,0 % und 0,8 %), die Blindheit (0,5 % und 0,1 %) und der unfallbedingte Gliedmaßenverlust (1,3 % und 0,1 %) erwähnenswert. An dieser Stelle sei auf die oben gebrachte Übersicht über das Tabellenprogramm verwiesen, die Auskunft über die vorhandenen Kombinationen mit anderen Merkmalen gibt, so z. B. die Tabellen 15 ff. mit der Maßnahmedauer und 16 ff. mit dem Ergebnis der Maßnahme. Ihre Auswertung setzt, wenn sie nicht ermüdend bis uferlos sein soll, gezielte Fragestellungen voraus.

Behinderungsursachen

Als letztes Merkmal soll die Ursache der Behinderung betrachtet werden. Bezugsgröße sind wieder die 75 920 Rehabilitanden aus Schleswig-Holstein. Die Statistik bietet, wie eingangs erwähnt, zwölf Ursachen an, die aber sehr ungleich häufig vorkommen: 77 % der Fälle haben die Ursache „sonstige Krankheit“. Eine derartige Ungleichverteilung ist in der Statistik oft ein Hinweis auf nicht sachgerechte Gliederung des Merkmals in seinen Ausprägungen. Verstärkt wird der Verdacht noch, wenn die eine überfüllte Ausprägung als Rest-

gruppe definiert ist, wie in diesem Falle. Die zwei nächst stark besetzten Ausprägungen sind hier ebenfalls Restgruppen, nämlich „sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall“ (5,8 %) und „sonstige oder mehrere Ursachen“ (6,8 %). Die drei genannten zusammen umfassen 90 % aller Fälle.

Bei näherem Hinsehen wird denn auch offenbar, daß die hier so genannten Ursachen nicht eigentlich solche der Behinderung sind (wie kam es zu dieser Behinderung?), sondern solche des Eintritts eines bestimmten Trägers in die Rehabilitation (welche Bedingungen und Umstände qualifizieren die Behinderung als nach spezifischem Recht rehabilitierbar?). Es handelt sich also um Ursachen im Rechtssinne. Ursachen im naturwissenschaftlichen Sinne wären ohnehin niemals schlüssig zu bestimmen, weil jede Ursache auch die Folge einer früheren Ursache ist. Wir pflegen dieses Dilemma jedoch meist durch eine im Zusammenhang sinnvolle Begrenzung auf die unmittelbare oder letzte Ursache zu umgehen. Im Falle einer Behinderung wären zu nennen: angeboren, durch Unfall oder durch Krankheit entstanden. Diese drei lassen sich aus der Statistik auch bilden:

Rehabilitanden 1984 insgesamt	75 920	100 %
Behinderung vor oder bei der Geburt entstanden	1 065	1,4 %
Behinderung durch Unfall ¹ entstanden	10 729	14,1 %
Behinderung durch Krankheit ² entstanden	64 126	84,5 %

¹ einschließlich „anerkannte Kriegs-, Wehr- oder Zivildienstbeschädigung“
einschließlich „sonstige und mehrere Ursachen“

Nun ist solche Auskunft noch unbefriedigend. Für zielstrebiges Handeln sollte etwas mehr von der nächst früheren Ursachenebene bekannt sein, nämlich „warum geschah dieser Unfall“ und „warum entstand diese Krankheit“? Leider muß sofort zugegeben werden, daß es aussichtslos ist, Antworten auf diese Fragen mit Hilfe einer amtlichen Statistik zu bekommen, welche an Bewilligungsvorgänge von Versicherungs- und Versorgungsleistungen anknüpft. Diese Bewilligungen haben ja nur Zustände zur Voraussetzung. Daß die Ursachen nicht hinterfragt werden, ist zwar ethisch geboten, bedeutet aber auch den Verzicht auf die Chance, Lasten für die Beseitigung individuell verschuldeter Schäden zu vermindern, die von der (Solidar- oder Versicherten-)Gemeinschaft getragen werden müssen. Wenn die Gesundheitsminister an die Bevölkerung appellieren, ein gesundes Leben zu führen und auf bekannte krank-

machende Gewohnheiten zu verzichten, so steht dahinter das drohende weitere Anwachsen der gesellschaftlichen Kosten für das Gesundheitswesen (übrigens ein Euphemismus; es handelt sich fast nur um das Krankheitswesen). Wenn die Rehabilitationsstatistik bei 58 600 von 76 000 Personen als „Ursache“ der zu bekämpfenden Behinderung „sonstige Krankheit (einschließlich Impfschaden)“ (aber ohne Berufskrankheit) ausweist, dann darf man auch Rehabilitanden zu den Zielgruppen jener offiziellen Appelle rechnen. Für die gesetzliche Krankenversicherung wurde als Rehabilitation jede Krankheitsbehandlung nach § 184 a der Reichsversicherungsordnung definiert (d. h. in Kur- oder Spezialeinrichtungen) sowie die allgemeine Krankenhauspflege nach § 184 RVO, die länger als vier Wochen dauerte. Die GKV meldete etwa die Hälfte der hier anstehenden 58 600 Fälle mit der Ursache „sonstige Krankheit“. Fast ebenso viele Fälle kamen von der gesetzlichen Rentenversicherung, für die schlicht „stationäre Behandlung“ das Einbeziehungskriterium war; allerdings gewährt die GRV solche Behandlung eben nur als Rehabilitation.

Die von der Statistik angebotenen speziellen Kategorien betreffen Umstände des Entstehens der Behinderung, die dazu führen, die Rehabilitation trägerspezifisch zu klassifizieren. Jeder Träger erforscht diese Umstände sorgfältig. In der Statistik bestehen folgende Kategorien dieser Art:

Arbeitsunfall	2 312	3,0 %
Wegeunfall	617	0,8 %
Betriebswegeunfall	59	0,1 %
Verkehrsunfall	632	0,8 %
Häuslicher Unfall	35	0,0 %
Sonstiger Unfall	4 392	5,8 %
Kriegs-, Wehr-, Zivildienstbeschädigung	2 682	3,5 %
Berufskrankheit	368	0,5 %

Zu 100 % ergänzt sich die Aufstellung durch

Vor/bei der Geburt entstanden	1 065	1,4 %
Sonstige Krankheit (Impfschaden)	58 629	77,2 %
Sonstige/mehrere Ursachen	5 129	6,8 %

Die Tabellen kombinieren die „Ursachen“ auch mit verschiedenen anderen Merkmalen, wovon die Behinderungsart noch am ehesten zu Aufschlüssen führen könnte. Die eine der beiden Betrachtungsweisen, die eine solche kreuzgegliederte Tabelle bietet, ist der Vergleich des Anteils einzelner Ursachen im Gesamtdurchschnitt mit dem entsprechenden Anteil bei ausgewähl-

ten Behinderungsarten. So ist z. B. der Anteil der Ursache „Arbeitsunfall“ mit 17,4 % in der Behinderungsart „Brüche“ erheblich höher als im Durchschnitt (3 %). Die andere Betrachtungsweise vergleicht den Anteil einer Behinderungsart im Gesamtdurchschnitt mit dem analogen Anteil bei einer bestimmten Ursache. So ist z. B. der Anteil des Schwachsinn unter den

angeborenen Behinderungen mit 57 % erheblich höher als im Durchschnitt (1,4 %). Ob auf solche Weise Erkenntnisse gewonnen werden können, kann nur der Fachmann nach eingehender Beschäftigung mit dieser Materie sagen.

Arnold Heinemann

Kurzberichte

Das verarbeitende Gewerbe 1985 in den Kreisen

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, so ist zu bemerken, daß im vergangenen Jahr 1985 in Schleswig-Holstein sehr unterschiedliche Tendenzen beobachtet wurden; unterschiedlich zum einen in der Betrachtung nach Wirtschaftszweigen, zum anderen aber auch im Verhältnis zwischen Binnen- und Exportgeschäft. Über die stark voneinander abweichenden Auswirkungen der konjunkturellen und strukturellen Veränderungen ist in Heft 4/1986 dieser Zeitschrift berichtet worden. Daneben machte sich die gespaltene Konjunktur auch in unterschiedlichen regionalen Veränderungen bemerkbar.

Die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in regionaler Gliederung hebt die maßgebliche Beeinflussung der Ergebnisse durch standortmäßige Vorteile sowie durch branchenmäßige Sonderentwicklungen deutlich hervor. Ausgehend vom günstigen Wirtschaftsklima im Randgebiet um Hamburg ist aus den Daten ein generelles Gefälle in nordwestlicher Richtung un schwer abzulesen. Innerhalb des Planungsraumes I — also in den an Hamburg angrenzenden Kreisen — fällt die überdurchschnittlich hohe Veränderungsrate der Beschäftigten und des Umsatzes im Jahre 1985 gegenüber dem Vorjahr in den Kreisen Stormarn und Segeberg besonders auf. Außerdem weist der Planungsraum I mit nahezu 60 000 beschäftigten Männern und Frauen einen Personalstand und mit 12,7 Mrd. DM eine Umsatzhöhe auf, die von keinem anderen Planungsraum auch nur annähernd erreicht wird. Gemessen am Beschäftigten- und Erlöszuwachs schnitt der Kreis Segeberg mit einem Plus von 5,1 % bzw. 16,4 % unter

Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe 1985 nach Kreisen und Planungsräumen

Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Regionale Gliederung	Beschäftigte ¹	Veränderung zum Vorjahr in %	Umsatz in Mill.DM	Veränderung zum Vorjahr in %
Hzgt. Lauenburg	7 789	-2,1	1 148	- 0,8
Pinneberg	20 000	-0,6	3 750	+ 0,2
Segeberg	15 122	+5,1	3 249	+16,4
Stormarn	16 323	+2,1	4 588	+ 8,1
Planungsraum I	59 234	+1,3	12 735	+ 6,7
Lübeck	21 524	-0,5	3 487	+ 1,1
Ostholstein	5 872	+2,6	1 248	+ 2,9
Planungsraum II	27 396	+0,2	4 735	+ 1,6
Kiel	23 948	+1,7	4 340	-17,5
Neumünster	9 823	+2,8	1 333	+13,3
Rendsburg-Eckernförde	10 135	+1,7	2 002	+ 5,1
Plön	2 566	-0,0	423	+ 2,4
Planungsraum III	46 472	+1,8	8 104	- 7,5
Dithmarschen	6 511	+4,7	4 002	+ 9,6
Steinburg	9 346	-7,9	2 576	- 9,5
Planungsraum IV	15 857	-3,1	6 578	+ 1,2
Flensburg (Stadt)	8 764	-0,3	2 056	+ 4,0
Schleswig-Flensburg	5 049	+0,3	1 498	- 4,0
Nordfriesland	3 049	+1,8	845	+ 0,3
Planungsraum V	16 862	+0,2	4 398	+ 0,4
Schleswig-Holstein	165 821	+0,7	36 550	+ 0,9
davon kreisfreie Städte	64 059	+0,8	11 216	- 5,5
Kreise	101 762	+0,6	25 334	+ 4,0

¹ Monatsdurchschnitt

allen schleswig-holsteinischen Kreisen am besten ab. Umsatzspitzenreiter wurde erstmals wieder seit 1981 der Kreis Stormarn, der mit knapp 4,6 Mrd. DM die Landeshauptstadt Kiel (4,3 Mrd. DM) überflügelte. Der krisengeschüttelte Schiffbau, der hauptsächlich in Kiel stark konzentriert ist, hat mit seiner sprunghaften Erlösminderung zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen. Sie fiel zeitlich mit einer bemerkenswerten Geschäftsausweitung im Druckereigewerbe des Kreises Stormarn zusammen.

Im Schiffbau sind allerdings — insbesondere bei Kreisergebnissen — die Umsätze als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung weniger geeignet, weil sie nicht periodengerecht anfallen und deshalb bei Ablieferungen von Schiffen Umsatzsprünge entstehen. Der Erlösrückgang gegenüber 1984 betrug bei den Werften im Landesergebnis 43 %. Gemessen am entsprechenden Minus der geleisteten Arbeiterstunden von „nur“ 4 % wird die Überzeichnung der Entwicklung durch den Umsatz deutlich.

Die anderen zum Planungsraum III zählenden Kreise meldeten z. T. auch sehr positive Entwicklungen, so z. B. die Kreise Neumünster und Rendsburg-Eckernförde mit jeweils überdurchschnittlichen Zuwachsraten des Personalstandes und der Erlöse. Am Ende der

Rangfolge steht — wenn man von den absoluten Zahlen ausgeht — der Kreis Plön, in dem der Besatz mit Betrieben des verarbeitenden Gewerbes besonders gering ist. Das wirtschaftliche Geschehen in den Kreisen des Planungsraumes IV ist 1985 maßgeblich von den dort herrschenden Sondereinflüssen in der chemischen Industrie bestimmt gewesen, die infolge geänderter Unternehmenszusammenhänge zu gravierenden Umschichtungen geführt haben. Sieht man von den Sondereinflüssen in den Kreisen Kiel und Steinburg ab, so weisen die Betriebe des Kreises Schleswig-Flensburg mit einem Umsatzminus von 4,0 % die ungünstigste Erlösentwicklung auf.

Die kreisfreien Städte zusammen hatten im Jahre 1985 etwa gleichermaßen wie die Kreise einen nur maßvollen Beschäftigtenzuwachs. Dagegen war die durchschnittliche Veränderungsrate des Umsatzes in den Landkreisen wesentlich günstiger als in den großen Städten. Dies geht ausschließlich auf das vom Rückgang im Schiffbau geprägte Ergebnis der Stadt Kiel zurück. Dagegen meldeten die Betriebe der übrigen kreisfreien Städte durchweg vergleichsweise verbesserte Geschäftsergebnisse, wobei der Erlöszuwachs innerhalb der Stadtgrenzen von Neumünster besonders hervortritt.

Klaus Scheithauer

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv

Tarifliche Arbeitszeiten, Löhne und Gehälter in der gewerblichen Wirtschaft

a) in Kiel 1913 bis 1936

Die Angaben beziehen sich auf die durchschnittlichen Lohnsätze der tariflich höchsten Altersstufe (Personen über 24 Jahre alt). Das für 1932/36 wiedergegebene Lohnniveau kann durchweg auch für die folgende Zeit der nationalsozialistischen Regierung unterstellt werden (Lohnstopp).

Gewerbe, Beruf	Tarifliche Arbeitszeit (6 Arbeitstage pro Woche)		Tariflöhne und -gehälter						
	1913	1930	1913/14	Ende					
				1925	1927	1928	1930	1931	1932 bis 1936
in Stunden je Tag (T) je Woche (W)		in Pfennig/Reichspfennig je Stunde							
Gelernte									
Schlosser	T 9	T 8	61	81	89	101	110	99	85
Klempner	T 9	T 8	67 - 72	97	105	114	124	110	90
Maurer	T 9	T 8	75	107	118	127	140	132	91
Zimmerer	T 9	T 8	75	109	120	129	142	134	93
Maler	W 54	W 48	66	105	113	121	126	113	86
Schuhmacher	T 9	T 8	97	85	78
Schneider, Herren-	T 10	T 8	55	87	87	97	97	87	87 ^a
Damen-									
Gärtner, Landschafts-	T 10	T 8	94	87	75
andere	T 12	T 9	hatten niedrigeren Tarif		
Friseur	W 63	W 55
Ungelernte Arbeiter									
Hafenarbeiter	T 9,5	T 8	60	100	100	105	112	105	95
Bauhilfsarbeiter	116	110	76
Stein- und Mörtelträger	127	130	89
Arbeiter auf den Seeschiffswerften									
gelernte	W 57	W 50	51	66	74	80	84 ^b	75 ^b	65 ^b
angelernete			45	60	67	73	77 ^b	69 ^b	59 ^b
ungelernte			41	52	59	65	69 ^b	62 ^b	53 ^b
Reichsarbeiter									
gelernte	T 9	T 8	etwa 47	50	78	78	84 ^c	76 ^c	73 ^c
angelernete			etwa 43	45	74	66	71 ^c	66 ^c	59 ^c
ungelernte			.	44	63	63	68 ^c	57 ^c	55 ^c
in Mark/Reichsmark je Woche ¹⁾									
Gelernte									
Bäcker	T 8	T 8	36	48	52	56	60	54	49
Schlächter	T 10	T 9 ^d	46 ^e	41 ^e	38 ^e
Buchdrucker	W 53	W 48	33	47	51	55	57	54	47
je Stunde									
Ungelernte Arbeiter									
Kutscher in Großhandelsbetrieben	T 12	T 8	30	39	51	56	0,89 ^f	0,86 ^f	0,79 ^f
in Reichsmark je Monat ¹⁾									
Bankangestellte (Gruppe III)	.	W 54	.	.	.	179-357 ^g	179-357 ^g	168-335 ^g	150-307 ^g
Kaufmännische Angestellte (Mindestsätze 1931/32, Gruppe III)	.	W 54	325	290	250

1) teils auf volle RM abgerundet

a) Stundenlohn ist nicht gekürzt, Stücklohn dagegen um ca. 15 bis 20 % herabgesetzt. Stundenlohn ist bei Stückerarbeit nicht garantiert

b) Frauenzulage 1 Rpf, Kinderzulage 2 Rpf pro Stunde

c) 1930: Frauen- und Kinderzulage je 3 Rpf, ab 1931: Kinderzulage 3 Rpf pro Stunde

d) Schlächthofgesellen 8 Stunden

e) Verheiratetenzulage 1930 = 4 RM, ab 1931 = 3,50 RM wöchentlich; Erstgesellen 10 % Aufschlag;

Schlächthofgesellen 1930 = 58 RM, 1931 = 52 RM, 1932 = 48 RM wöchentlich

f) Kraftwagenführer außerdem 1930 = 8,00 RM, ab 1931 = 6,30 RM Fachzulage wöchentlich

g) Haushaltszulage und Kinderzulage 1928/1930 = je 19,20 RM, ab 1931 = 20,00 RM monatlich

QUELLE: Statistische Monatsberichte der Stadt Kiel 1926 bis 1929, 1933 bis 1935

Statistische Vierteljahresberichte der Stadt Kiel 1930 bis 1932

Unveröffentlichtes Material für 1936

Schluß: Tarifliche Arbeitszeiten, Löhne und Gehälter in der gewerblichen Wirtschaft

b) in Schleswig-Holstein 1950 bis 1965

Diese Angaben sind infolge der inneren Wandlung in vielen Gewerben, wegen unterschiedlicher Lohngruppen (z. B. für früher nicht vorhandene Spezialarbeiter, qualifizierte Arbeiter u. a.) sowie wegen sonstiger methodischer Änderungen der Tariflohnstatistik nicht oder nur bedingt mit denen der Tabelle a) vergleichbar. Dargestellt sind die tariflichen Zeitlohnsätze in der jeweils tariflich höchsten Ortsklasse und höchsten tarifmäßigen Altersstufe (für Arbeiter). Die Zahlen für die ersten Jahre gelten für männliche Arbeiter, ab 1958 entfällt der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen (Gleichheitsprinzip).

Gewerbe Lohngruppe	Tarifliche Arbeitszeit		Tariflöhne und -gehälter						
	Nov. 1950	April 1965 *	Nov. 1950	Mai 1952	Mai 1955	Mai 1958	Mai 1960	Mai 1963	Juli 1965
	Stunden je Woche		in Pfennig je Stunde						
Eisen-, Metall- und Elektro- industrie 1)									
Facharbeiter (Ecklohn)	48	41,25	115	135	153	190	211	255	293
Schmiede-, Schlosser- und Maschinenbauerhandwerk									
Fachkräfte ab 5. Gesellenjahr	48	42	128	146	162	208	225	303	336
Graphisches Gewerbe									
Handsetzer	48	41	134	166	180	224	255	333	394
Herrenschneiderhandwerk									
selbständige Stück- und Änderungsschneider, Leistungsklasse S	48	43	128	138	155	199	214	271	318
Fleischwarenindustrie									
Facharbeiter	48	44	116	140	161	206	243	330	385
Baugewerbe									
Maurerfacharbeiter (Ecklohn ²⁾)	48	Sommer ³⁾ 42 Winter ⁴⁾ 40	151	183	209	255	282	357	423
Bauhilfsarbeiter	48		128	156	180	224	247	319	381
Malerhandwerk									
Facharbeiter (Ecklohn)	48	42	135	155	176	216	237	352	418
Groß-, Ein- und Ausführhandel									
Kraftfahrer	48	45		127 ^{a)}	140	180 ^{a)}	189	243	263
Bäckerhandwerk									
Gesellen	48	45 ^{b)}				209	233	316	367
			in DM je Woche						
			59,00	65,90	79,20	100,32			
			in DM je Monat						
Baugewerbe									
Kaufmännische Angestellte "selbständiges Erledigen schwieriger Arbeiten, allg. Anweisung" (Lohnbuchhalter usw.)	48	Sommer ³⁾ 42 Winter ⁴⁾ 40							
Anfangsgehalt			330	392	470	536	590	730	860
Endgehalt			415	498	580	655	790	975	1 110
Einzelhandel									
Angestellte der Gehaltsgruppe "Qualifizierte Tätigkeit, besondere Fachkenntnisse (Erste Verkäufer usw.)"	48	45							
Anfangsgehalt			180	198	230	280	295	370	440
Endgehalt			280	308	350	430	455	560	650
Privates Bankgewerbe									
Angestellte mit banktechnischer Vorbildung und für einfache Arbeiten 5)	48	42,5							
Anfangsgehalt			164	210	233	290	346	381	458
Endgehalt			303	366	404	460	538	592	712

*) In vielen hier aufgeführten Gewerben wird nur noch an 5 Tagen der Woche gearbeitet (Sonnabends frei)

1) Zeitlohnarbeiter erhalten ab 5. Woche nach ihrer Einstellung einen Leistungszuschlag von mindestens 6 % (ab 1.6.1959 = 10 %)

2) ab 1. 4. 1957 100 % des Bundeseckelohnes

3) 1. 4. bis 31. 10.

4) 1. 11. bis 31. 3.

5) Im Laufe eines Jahres wurden bis 31. 3. 1953 13 Monatsgehälter, ab 1. 4. 1953 13 1/2 Monatsgehälter gezahlt. Außerdem wurde eine Familienzulage gezahlt. Sie setzte sich zusammen aus einer Haushaltszulage (z. B. 1958 = 30 DM, 1965 = 40 DM monatl.) und einer Kinderzulage (1958 = 30 DM, 1965 = 40 DM monatl.: für jedes Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres)

a) Kutscher 1952 = 121 Pf, 1958 = 170 Pf

b) für Kraftfahrer 48 Stunden

QUELLE: Statist. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 11 (Tariflöhne und Tarifgehälter)

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

38. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1986

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 615	2 614	2 614	2 613	2 613
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 254	644	1 067	931	560	699
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,8	3,2	4,8	4,3	2,5	3,5
*Lebendgeborene	Anzahl	1 913	1 925	1 745	1 918	1 934	1 887	1 821
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,8	8,7	8,6	9,0	8,5	9,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 565	2 611	2 783	2 859	2 585	2 547	2 519
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,8	12,0	13,9	12,9	12,0	11,5	12,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	18	16	14	16	21	10	14
* je 1 000 Lebendgeborene		9,4	8,3	8,0	8,3	10,9	5,3	7,7
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 652	- 686	- 1 038	- 941	- 651	- 660	- 698
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 5,2	- 4,2	- 3,0	- 3,0	- 3,5
WÄNDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 582	5 461	4 239	4 709	5 799
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 164	4 746	3 677	4 502	4 808
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 418	+ 715	+ 562	+ 207	+ 991
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 213	10 057	8 843	9 293	9 937
Wanderungsfälle	Anzahl	20 958	20 265	16 759	18 504	20 544
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose	1 000	109	118	134	127	117	137	137	129	116
darunter *Männer	1 000	64	69	83	78	70	82	83	78	67
Kurzarbeiter	1 000	13,7	11,8	25,3	22,1	16,4	17,0	17,5	17,8	12,9
darunter Männer	1 000	12,0	10,3	22,4	20,1	14,8	15,4	16,1	16,6	11,8
Offene Stellen	1 000	2,7	2,9	3,2	3,8	3,7	2,9	3,8	4,7	4,6
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 627 ^a	1 592 ^a
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	545 ^a	526 ^a
*Schweine	1 000	1 767 ^a	1 743 ^a	.	.	1 746	.	.	.	1 779
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^a	193 ^a	.	.	191	.	.	.	194
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	129 ^a	.	.	126	.	.	.	129
SCHLÄCHTUNGEN²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	45	33	37	42	45	38	37	49
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	240	232	212	232	233	240	208	200	242
darunter *Hauschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	3 ^c	3	3	2	5	3	3	3
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLÄCHTUNGEN²⁾ (ohne Geflügel)										
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	31,7	31,8	26,3	29,2	31,3	32,0	27,6	26,9	34,2
*Kälber	1 000 t	12,4	12,7	8,9	10,0	11,7	12,4	10,6	10,5	14,1
*Schweine	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	1 000 t	19,1	18,7	17,0	18,7	19,1	19,3	16,8	16,2	19,8
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	281	286	278	277	282	283	285	287	290
Kälber	kg	108	115	102	112	106	114	110	115	128
Schweine	kg	81	82	82	82	83	82	82	82	83
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	152	151	171	171	204	128	128	202	196
*für Legehennenküken	1 000	850	2	-	-	-	-	-	-	-
*für Masthühnerküken	1 000 kg	832	274	753	717	40	119	101	124	104
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	832	274	753	717	40	119	101	124	104
*MILCHERZEUGUNG										
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	94	95	97	p 95	p 94	p 91	p 96
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,1	13,3	13,1	14,4	15,4	p 12,8	p 13,0	p 14,3	p 15,6

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 inländische, ab Januar 1985 In- und Ausländische 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat
 a) Dezember b) Winterhalbjahr 1984/85 = 5 c) Winterhalbjahr 1985/86 = 4

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	166	164	164	164	165	165	165	166
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	113	114	113	113	113	113	113	113	114
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 139	15 970	15 700	16 223	16 111	15 637	15 539	15 278	16 751
*Lohnsumme	Mill. DM	306,1	319,1	271,1	280,1	316,3	306,7	281,5	291,0	324,7
*Gehaltssumme	Mill. DM	207,1	216,4	192,0	198,7	210,1	211,0	205,2	211,4	220,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 647	1 733	1 618	1 742	1 773	1 590	1 694	1 711	1 682
aus dem Inland	Mill. DM	1 143	1 155	1 140	1 183	1 056	1 052	1 061	1 166	1 160
aus dem Ausland	Mill. DM	503	578	478	559	717	538	533	545	522
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 020	3 046	2 710	3 063	3 101	2 960	2 712	2 833	3 215
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 346	2 390	2 047	2 465	2 407	2 269	2 136	2 189	2 575
*Auslandsumsatz	Mill. DM	674	656	663	598	694	690	577	644	640
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	17
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	39,5	38,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	79	72
*leichtes Heizöl	1 000 t	9	8
*schweres Heizöl	1 000 t	70	63
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	236	240	236	246	237	235	235	236	259
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	24	25	22	24	22	26	23	24	22
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	103,6	104,7	98,6	107,8	110,3	93,8	100,0
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	47 249	41 345	38 043	40 301	41 408	37 528	36 001	36 273	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 156	4 231	1 761	3 523	4 663	2 400	1 792	2 620	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 155	1 606	776	1 477	1 775	1 006	676	1 039	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 119	946	505	876	1 050	688	528	676	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 749	1 581	462	1 125	1 757	659	554	850	...
*Lohnsumme	Mill. DM	108,4	86,2	34,4	64,4	90,2	49,5	36,6	52,5	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	18,3	16,0	16,4	17,1	16,1	15,5	15,5	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	364,1	319,2	116,6	208,1	250,5	142,2	147,5	165,3	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	209,2	196,4	123,5	236,0	209,8	104,4	163,9	256,2	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 083	7 486	7 404	7 274	7 334	6 933	6 798	6 709	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	970	880	788	827	867	807	735	734	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	20,1	18,5	15,8	16,6	17,5	16,0	14,5	15,1	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	59,2	55,1	45,4	44,1	43,3	30,0	34,9	38,3	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 842	1 732	1 785	1 998	1 769	2 126	1 989
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	861	891	972	979	862	1 082	999
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,8	97,7	.	94,6	.	.	.	93,7	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	135,0	130,9	.	102,0	.	.	.	103,4	.

1.Vj.85

1.Vj.86

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1986 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
							Jan.	Febr.	März	April
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April			
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	503	459	361	525	492	336	367	439	523
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	385	384	271	439	392	290	305	373	433
*2 Wohnungen	Anzahl	73	51	45	59	74	31	47	52	74
*Rauminhalt	1 000 m ³	458	346	377	381	377	276	267	324	402
*Wohnfläche	1 000 m ²	83	63	69	71	69	48	49	56	71
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	122	114	80	96	109	65	55	76	80
*Rauminhalt	1 000 m ³	408	424	330	423	399	235	225	465	245
*Nutzfläche	1 000 m ²	71	72	58	70	66	42	38	72	40
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 075	786	992	914	797	567	593	637	852
HANDEL UND GASTGEMERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	840,1	836,1	777,2	838,5	821,2	927,2	720,8	794,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,6	129,8	103,1	139,9	135,1	143,8	120,5	137,3	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	710,5	706,3	674,1	698,6	686,1	783,5	600,3	657,6	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	18,4	17,3	18,1	21,6	21,0	16,9	16,8	16,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	71,0	69,0	64,3	73,4	69,4	75,3	45,3	45,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	621,1	620,0	591,7	603,5	595,6	691,3	538,2	596,4	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	85,4	94,9	85,8	103,5	92,2	86,5	88,6	85,9	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	535,7	525,2	505,9	500,0	503,4	604,8	449,6	510,5	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	346,5	386,5	363,9	406,7	371,0	433,2	387,9	431,8	...
darunter										
Niederlande	Mill. DM	70,8	87,5	94,2	93,5	74,3	93,7	73,9	114,2	...
Dänemark	Mill. DM	73,6	78,2	61,6	78,3	88,0	99,2	75,0	68,3	...
Frankreich	Mill. DM	62,6	68,9	63,4	77,5	66,0	82,3	76,2	72,0	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	55,7	60,8	55,7	59,2	57,0	64,0	63,9	68,5	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	109,9	111,5	94,2	108,2	110,6	r 101,8	r 95,7	108,8	...
*GASTGEMERBEUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	106,5	107,4	r 70,4	84,2	103,6	r 73,6	r 69,6	90,4	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	236	245	94	151	229	p 83	p 102	p 183	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	23	27	10	14	25	p 9	p 15	p 24	...
*Übernachtungen	1 000	1 361	1 360	357	629	1 071	p 335	p 381	p 835	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	49	18	26	45	p 16	p 25	p 46	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	...	1 095	1 322	1 259
Güterversand	1 000 t	669	...	718	818	727
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	140	128	90	133	123	175	115	118	154
*Güterversand	1 000 t	153	142	87	135	138	118	117	133	177
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 855	8 604	7 289	11 004	11 258	8 738	8 489
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	342	261	117	707	792	37	76
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 894	7 732	6 690	9 592	9 657	8 196	7 906
*Lastkraftwagen	Anzahl	384	351	275	398	462	315	289
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl									
STRASSENVERKEHRUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 472	1 356	919	1 086	1 201	1 001	818	p 1 048	p 1 167
*Getötete Personen	Anzahl	37	31	26	21	30	29	21	p 34	p 24
*Verletzte Personen	Anzahl	1 876	1 726	1 170	1 344	1 543	1 342	1 050	p 1 364	p 1 469

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
			Monats- durchschnitt ¹⁾	Febr.	März	April	Jan. ^a	Febr. ^a	März ^a	April ^a
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	68 298	70 876	68 232	68 676	68 607	71 492	71 822	72 547	72 582
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	66 472	69 135	66 485	66 939	66 876	69 823	70 181	70 967	71 002
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 729	9 817	9 812	10 063	9 814	9 963	9 905	10 439	10 288
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 466	9 594	9 488	9 862	9 635	9 752	9 728	10 216	10 031
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	264	223	324	201	179	211	177	222	257
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 961	6 082	6 471	6 433	6 367	6 066	6 012	5 871	5 775
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 190	4 587	4 969	4 951	4 883	4 632	4 596	4 506	4 432
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 770	1 495	1 502	1 481	1 484	1 434	1 416	1 364	1 343
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 782	53 236	50 202	50 444	50 695	53 794	54 264	54 657	54 938
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	37 401	39 954	37 775	37 955	38 191	40 799	40 849	41 025	41 262
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 381	13 282	12 427	12 489	12 504	12 995	13 415	13 633	13 676
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	42 502	45 182	42 666	42 533	42 767	46 711	47 140	46 857	46 977
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	26 271	28 203	26 372	26 260	26 522	29 040	29 380	29 055	29 111
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 983	21 686	20 082	19 941	20 128	22 573	22 671	22 435	22 467
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 288	6 518	6 290	6 318	6 394	6 466	6 709	6 620	6 643
*Spareinlagen	Mill. DM	16 231	16 978	16 294	16 274	16 245	17 672	17 760	17 802	17 866
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 174	12 894	12 269	12 283	12 277	12 992	13 073	13 099	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	1 039	992	1 034	917	1 622	1 117	959	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	946	980	935	1 054	949	1 693	1 029	917	...
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	64	73	70	52	97	82	66	86	56
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	1	1	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	352	330	321	350	312	226	258	315	...
*Wechselsumme	Mill. DM	2,5	2,6	2,7	2,6	2,9	1,2	2,2	2,3	...
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt		1.Vj.85				1.Vj.86	
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 311,3	2 408,5	.	2 421,8	.	.	.	2 519,6	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 644,7	1 748,4	.	1 669,2	.	.	.	1 698,0	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 210,6	1 296,5	.	1 219,2	.	.	.	1 200,7	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	231,4	244,6	.	242,7	.	.	.	242,1	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	22,1	26,8	.	20,2	.	.	.	35,4	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,6	180,5	.	187,1	.	.	.	219,8	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	666,5	660,1	.	752,6	.	.	.	821,5	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	396,2	366,4	.	476,4	.	.	.	528,7	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	270,3	293,7	.	276,2	.	.	.	292,8	.
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	130,8	.	132,9	.	.	.	147,6	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	0,1	.	.	.	0,7	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,4	116,6	.	106,3	.	.	.	119,8	.
*Landessteuern	Mill. DM	164,7	165,9	.	175,2	.	.	.	189,5	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,6	26,3	.	27,7	.	.	.	25,5	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	71,9	76,1	.	82,5	.	.	.	94,0	.
*Biersteuer	Mill. DM	6,2	6,4	.	5,0	.	.	.	3,4	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,5	274,9	.	263,1	.	.	.	255,2	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,5	7,7	.	7,6	.	.	.	7,7	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	61,0	63,7	.	62,8	.	.	.	69,1	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	189,8	194,0	.	184,9	.	.	.	170,0	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 211,5	1 247,5	.	1 261,3	.	.	.	1 316,1	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	628,8	667,9	.	634,6	.	.	.	634,2	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	436,6	432,4	.	492,9	.	.	.	534,0	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	.	0,9	.	.	.	0,4	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 347,9	1 439,8	.	1 413,5	.	.	.	1 554,1	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,5	824,7	.	790,0	.	.	.	821,0	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391,4	431,8	.	447,4	.	.	.	543,2	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	.	0,9	.	.	.	0,4	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	473,7	487,6	.	258,2	.	.	.	277,9	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,3	161,2	.	183,1	.	.	.	169,3	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	236,7	245,5	.	- 3,1	.	.	.	23,5	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1984	1985	1985			1986				
			Monats- durchschnitt	Febr.	Marz	April	Jan.	Febr.	Marz	April
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	122,8	124,6	129,5	130,4	128,3	114,8	111,0	106,8	...	
Ausfuhrpreise	116,2	119,4	119,2	119,7	120,0	118,5	118,0	117,9	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	121,2	122,1	125,4	125,8	124,5	115,2	112,5	109,4	...	
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	119,2	121,8	121,6	121,8	122,0	121,2	120,6	120,1	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	106,9	103,1	104,1	104,3	103,5	101,5	p 101,4	p 100,6	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,0	114,5	114,2	.	.	.	115,2	.	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	116,1	115,2	116,1	116,9	116,7	113,4	p 112,4	p 111,5	...	
Einzelhandelspreise	115,6	117,5	117,1	117,6	117,8	117,9	117,8	117,6	117,7	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	118,4	121,0	120,5	120,9	121,1	121,6	121,3	121,0	120,9	
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,0	116,9	117,0	117,4	118,0	117,1	117,7	117,7	118,2	
Bekleidung, Schuhe	115,7	118,4	117,4	117,8	118,0	119,8	120,1	120,2	120,3	
Wohnungsmieten	120,0	123,9	122,8	123,2	123,4	125,3	125,6	125,8	126,0	
Energie (ohne Kraftstoffe)	128,8	133,4	135,1	136,7	133,9	129,2	125,7	124,4	122,3	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,9	117,7	116,9	117,2	117,4	118,5	118,8	118,9	119,0	
LOHNE UND GEHALTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	686	699	.	.	684	p 688	
darunter *Facharbeiter	713	729	.	.	711	p 720	
*weibliche Arbeiter	467	481	.	.	480	p 484	
darunter *Hilfsarbeiter	446	460	.	.	460	p 462	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,69	17,07	.	.	17,01	p 17,21	
darunter *Facharbeiter	17,45	17,88	.	.	17,78	p 18,02	
*weibliche Arbeiter	11,72	12,17	.	.	12,18	p 12,32	
darunter *Hilfsarbeiter	11,23	11,70	.	.	11,74	p 11,78	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,0	40,8	.	.	40,2	p 40,0	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,8	39,5	.	.	39,4	p 39,2	
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 981	4 123	.	.	4 118	p 4 182	
*weiblich	2 749	2 842	.	.	2 838	p 2 877	
Technische Angestellte										
*männlich	4 114	4 263	.	.	4 239	p 4 281	
*weiblich	2 692	2 772	.	.	2 768	p 2 785	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 265	3 374	.	.	3 368	p 3 379	
*weiblich	2 217	2 305	.	.	2 313	p 2 330	
Technische Angestellte										
männlich	3 255	3 397	.	.	3 372	p 3 365	
weiblich	(2 178)	(2 161)	.	.	(2 032)	p(2 157)	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 492	3 610	.	.	3 605	p 3 639	
weiblich	2 363	2 456	.	.	2 461	p 2 485	
Technische Angestellte										
männlich	4 042	4 186	.	.	4 166	p 4 216	
weiblich	2 654	2 725	.	.	2 716	p 2 730	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

a) Siehe Fußnote 2

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau ²⁾ in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	von Auslands-gästen
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 960	281	17 648	546
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 888	276	16 949	502
1983	17	14	13	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	14	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	9	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Sozialhilfe				Kriegs-opfer fürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ⁴⁾	Lkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	ins-gesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt		
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^{a)}	54,7	
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5	
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	68,4 ^{a)}	62,0	
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8	
1985	1 249	38	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	...	66,9	

Jahr	Steuern ⁷⁾								Fundierte Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-markt-mittel
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100						Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte			Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie ¹¹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte	für Wohngebäude	ins-gesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte		
1981	107,8	106,0	105,9	106,3	104,8	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302	
1982	114,1	109,8	108,9	111,9	111,3	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384	
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442	
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454	
1985	121,8	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 505	2 616	

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) einschließlich mit Spezialaufbau 6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 12. 1985			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1985			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1986 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	86 779	- 0,1	- 0,1	- 46	- 9	- 55	23	-	23
KIEL	245 682	+ 0,0	- 0,0	- 51	72	21	114	-	141
LOBECK	210 318	- 0,1	- 0,7	- 121	- 112	- 233	101	2	123
NEUMONSTER	78 280	- 0,0	- 0,6	- 34	5	- 29	50	1	60
Dithmarschen	129 414	- 0,0	- 0,6	- 52	- 4	- 56	64	4	72
Hzgt. Lauenburg	157 954	+ 0,0	+ 0,0	- 53	82	29	64	-	78
Nordfriesland	161 646	- 0,0	- 0,1	- 43	2	- 41	64	-	94
Ostholstein	195 432	+ 0,0	+ 0,1	- 72	74	2	67	4	80
Pinneberg	260 375	+ 0,0	+ 0,4	- 90	131	41	119	1	144
Plön	117 848	- 0,6	+ 0,0	- 42	- 639	- 681	43	-	64
Rendsburg-Eckernförde	247 494	- 0,0	- 0,1	- 47	21	- 26	119	2	165
Schleswig-Flensburg	182 874	- 0,0	+ 0,1	- 45	- 28	- 73	78	2	96
Segeberg	216 204	+ 0,1	+ 0,5	- 42	238	196	105	2	135
Steinburg	127 315	- 0,1	- 0,3	- 52	- 45	- 97	57	2	71
Stormarn	196 536	+ 0,1	+ 0,7	- 48	268	220	99	4	123
Schleswig-Holstein	2 614 151	- 0,0	+ 0,0	- 838	56	- 782	1 167	24	1 469

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			insgesamt	Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1986	
	Betriebe am 31. 4. 1986	Beschäftigte am 30. 4. 1986	Umsatz ⁴⁾ im April 1986 Mill. DM		Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	70	8 676	162	35 081	31 413	362
KIEL	126	23 615	313	97 589	87 574	356
LOBECK	137	21 289	419	83 400	74 790	356
NEUMONSTER	70	9 927	122	35 375	31 503	402
Dithmarschen	73	6 435	288	68 984	55 594	430
Hzgt. Lauenburg	92	7 669	110	78 397	67 744	429
Nordfriesland	56	3 073	79	81 367	65 903	408
Ostholstein	79	5 981	98	89 261	76 583	392
Pinneberg	184	20 057	352	127 177	111 084	427
Plön	47	2 549	43	59 043	49 824	423
Rendsburg-Eckernförde	122	10 093	187	123 927	103 949	420
Schleswig-Flensburg	86	4 947	132	95 370	77 628	424
Segeberg	165	15 685	298	117 570	101 238	468
Steinburg	83	9 033	201	64 064	52 427	412
Stormarn	149	16 764	411	99 946	88 226	449
Schleswig-Holstein	1 539	165 793	3 215	1 256 551	1 075 480	411

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1985 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31.12. 1985		Arbeitsmarkt				*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31.3.1986	Kurzarbeiter Monatsmitte März 1986	offene Stellen am 31.3.1986	Schweine insgesamt am 3.12.1985	Rindvieh am 3. 12. 1985	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 614,2	+ 4,8	+ 0,0	129	18	5	1 743	1 592	526
Hamburg	1 579,9	- 11,9	- 0,8	97	12	3	p 8	p 13	p 3
Niedersachsen	7 196,9	+ 1,6	- 0,3	365	36	21	p 7 553	p 3 381	p 1 124
Bremen	659,9	- 8,7	- 0,9	42	5	2	p 6	p 18	p 5
Nordrhein-Westfalen	p 16 674,1	- 1,4	- 0,2	759	60	32	p 6 391	p 2 075	p 624
Hessen	5 529,4	+ 2,7	- 0,1	167	25	15	p 1 270	p 866	p 275
Rheinland-Pfalz	3 615,0	- 0,8	- 0,2	132	20	8	p 665	p 632	p 220
Baden-Württemberg	9 271,4	+ 4,2	+ 0,3	214	55	29	p 2 375	p 1 769	p 641
Bayern	10 973,7	+ 4,7	+ 0,1	398	47	35	p 4 302	p 5 220	p 2 014
Saarland	1 045,9	- 6,6	- 0,5	55	8	2	p 44	p 71	p 23
Berlin (West)	1 860,1	- 12,4	+ 0,6	90	9	7	p 3	p 1	p 0
Bundesgebiet	61 020,5	+ 0,6	- 0,0	2 448	295	158	p 24 360	p 15 640	p 5 456

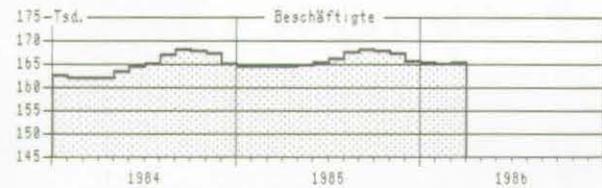
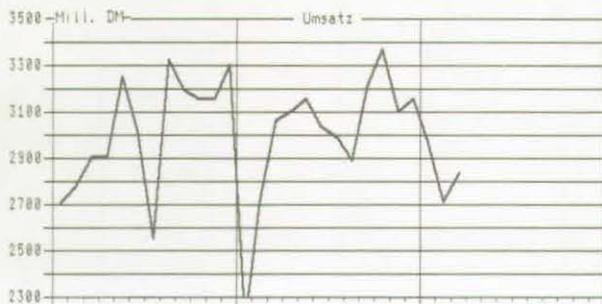
Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1986	
	Beschäftigte am 28. 2. 1986 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Februar 1986		Beschäftigte am 31. 1. 1986		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	165	2 712	21	38	14	567	2,2
Hamburg	139	6 826	10	22	14	523	3,3
Niedersachsen	637	12 249	35	97	14	1 024	1,4
Bremen	75	1 750	34	10	16	76	1,1
Nordrhein-Westfalen	1 954	33 625	30	221	13	2 867	1,7
Hessen	623	8 830	31	86	16	1 426	2,6
Rheinland-Pfalz	364	6 371	38	60	17	1 051	2,9
Baden-Württemberg	1 411	20 944	33	173	19	3 171	3,4
Bayern	1 320	18 786	34	184	17	3 279	3,0
Saarland	139	2 077	33	15	15	233	2,2
Berlin (West)	165	3 838	15	31	17	243	1,3
Bundesgebiet	6 992	118 008	30	938	15	14 460	2,4

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 1. 1986		Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Februar 1986				Bestand an Spar- einlagen 6) am 28. 2. 1986 in DM je Einw.	Steuereinnahmen					
	ins- gesamt in 1 000	pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte		Verun- glückte je 100 Unfälle	des Landes	des Bundes	der Gemeinden		
		Anzahl	je 1 000 Einwohner									im 4. Vierteljahr 1985	
		in 1 000					in DM je Einwohner						
Schleswig-Holstein	1 257	1 075	411	818	21	1 050	131	6 792	614	553	...		
Hamburg	661	594	...	471	8	578	124	10 042	972	4 735	...		
Niedersachsen	3 548	3 012	...	2 065	74	2 686	134	8 567	609	607	...		
Bremen	275	248	...	205	6	237	119	9 513	751	1 471	...		
Nordrhein-Westfalen	7 846	7 000	...	4 229	102	5 337	129	9 353	679	1 133	...		
Hessen	2 914	2 528	...	1 513	44	2 019	136	10 409	762	1 002	...		
Rheinland-Pfalz	1 939	1 632	...	904	27	1 218	138	9 907	631	710	...		
Baden-Württemberg	4 857	4 122	...	2 315	54	3 155	139	10 837	768	1 017	...		
Bayern	5 806	4 738	...	2 917	96	4 027	141	11 090	678	805	...		
Saarland	516	460	...	268	7	347	132	9 033	603	586	...		
Berlin (West)	728	640	...	534	9	635	121	8 671	663	2 561	...		
Bundesgebiet	30 347 ^{a)}	26 049 ^{a)}	...	16 239	448	21 289	134	9 810	693	1 065	...		

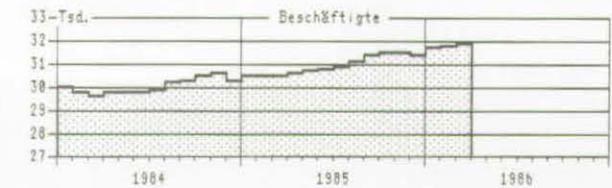
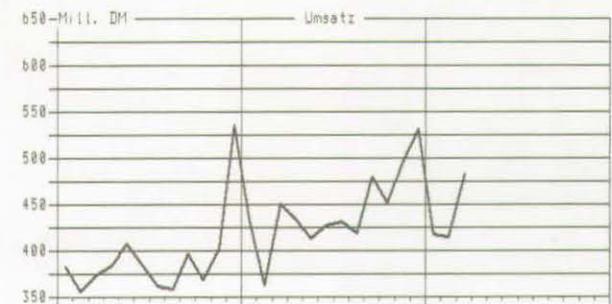
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Bundespost und Bundesbahn
 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 6) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Verarbeitendes Gewerbe

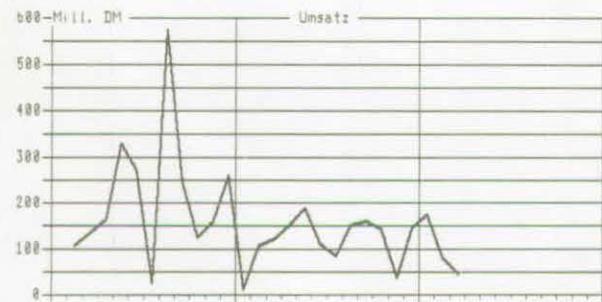
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



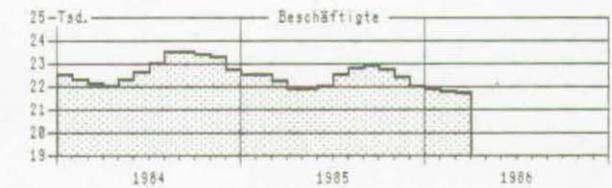
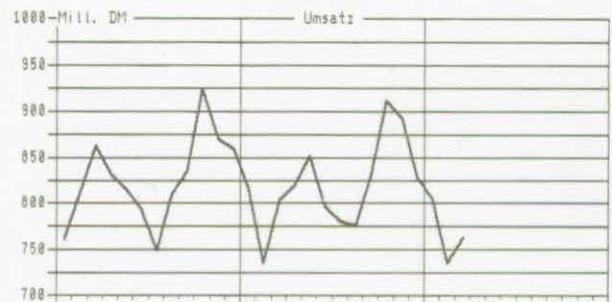
darunter Maschinenbau



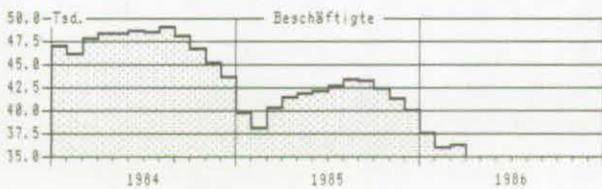
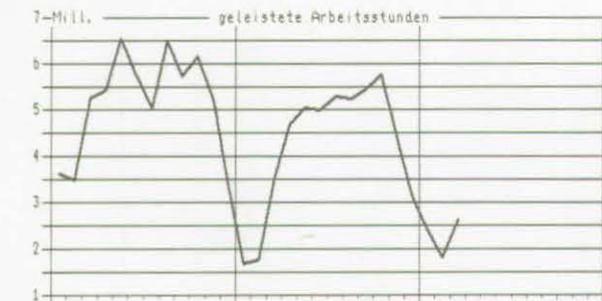
darunter Schiffbau



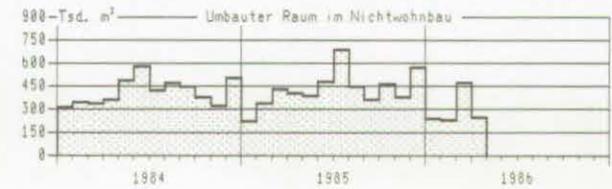
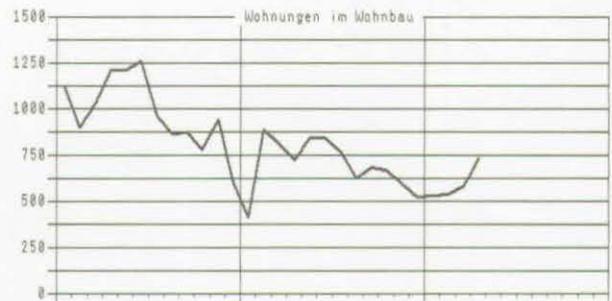
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -